Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kressin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 27. **Halle, Freitag den 1. Februar 1918.** **2. Jahrgang.**

Verschärfter Belagerungszustand über Groß-Berlin.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat folgendes angeordnet:

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich:

I. Für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Spandau und der Landkreise Teltow und Niederbarnim hebe ich bis auf weiteres den Artikel 7 der preußischen Verfassungsurkunde hiermit auf.

II. Für die genannten Gebiete setze ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein (§ 10 lg des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851).

III. Die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. Februar 1918.

Eine zweite Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken lautet;

Nachdem ich nunmehr den verschärften Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht im Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde.

Ich warne daher jeden ordentlichen Bürger, sich irgendwie an öffentlichen Zusammenkünften zu beteiligen. Jedermann gehe ruhig seinen Wegen nach und halte sich von Auflaufen fern; bei dem Gebrauch der Waffe läßt sich ein Unterschied zwischen Ruhestörern und Unbeteiligten nicht machen.

Artikel 7 der preußischen Verfassungsurkunde lautet:

Niemand darf einem ordentlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind unstatthaft.

Nach Artikel 111 der Verfassungsurkunde kann jedoch der Artikel 7 für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit zeit- und distriktsweise außer Kraft gesetzt werden. Die durch den Erlaß des Oberbefehlshabers in den Marken eingesetzten Kriegsgerichte haben abzuurteilen über Aufruhr, Hoch- und Landesverrat, Plünderung usw. Sie setzen sich aus Offizieren und Zivilrichtern zusammen. Das Verfahren ist sehr summarisch. Gegen ihr Urteil gibt es keine Berufung. Alle Strafen werden binnen 24 Stunden nach Verkündung des Erkenntnisses vollzogen.

Es zeigt sich immer deutlicher, wie verfehlt die Regierungsmaßnahmen gewesen sind, die den Streik der Berliner Arbeiterschaft dämpfen sollten. Versammlungen wurden verboten, das Gewerkschaftshaus wurde geschlossen, der Vorwärts wurde verboten und der Streikleitung hat man untersagt, ihre für die ruhige Entwicklung der Bewegung so notwendige Arbeit auszuüben oder fortzusetzen. Am Donnerstag haben sich die Folgen dieses Vorgehens gezeigt. Durch die Schließung ihres Versammlungslokals sind die Berliner Arbeiter gezwungen worden, sich andere Versammlungsmöglichkeiten zu suchen. Sie sind auf die Straße getrieben worden und es ist bereits am Donnerstag zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen.

Es ist Menschenblut geflossen. Die Streikenden wie die Polizei haben Tote und Verwundete auf dem Platze gelassen. Die Zahl dieser Opfer ist gering. Genau war sie bis zum Abschluß dieses Berichtes nicht festzustellen. Aber so gering diese Ziffer sein mag: die Tatsache, daß heute, da die Welt im vierten Jahre von Menschenblut dampft, sich im deutschen Volke Hände im Kampfe um Leben und Tod gegeneinander erhoben haben, kann nur tiefste Trauer für die Opfer und heißte Empörung gegen die wahrhaft Schuldigen erregen! Blut ist ein ganz besonderer Saft. Und politische Ereignisse, die ihre Lehre durch Menschenblut bekommen haben, sind denn auch in der Weltgeschichte nicht ohne Belang, und ohne weitgehende Nachwirkungen geblieben.

Am Donnerstag vormittag hatte sich im Kleinen Tiergarten eine Menschenmenge von ungefähr 8000 Mann zusammengefunden. Die Masse befleißigte sich einer musterhaften Haltung. Die Leute ergingen sich in kleinen Gruppen, nahmen von den anwesenden Polizisten keine Notiz. Ein paar Führer nahmen auf erhöhten Standorten Platz und ermahnten die Streikenden zur Ruhe und Ordnung. Schließlich kam es aus irgendeiner nicht näher festgestellten Ursache zu einer Verhaftung. Doch verlief die Sache allgemein ruhig.

Gegen 10 Uhr bewegte sich ein Zug von etwa 20 000 Menschen, meist Arbeiter Charlottenburger Werke, durch die Kaiserin-Augusta-Allee nach der Gotzkowsky-Brücke. Kurz vor der Brücke trat dem Zuge ein Polizeileutnant mit 6 Mann entgegen. Die Polizisten zogen sofort blank. Die Massen suchten die Polizeikette durchzudrücken, worauf die Polizisten von ihren Revolvern Gebrauch machten. Die Zahl der verletzten Arbeiter ist unbekannt. Auf der Seite der Polizei sind der Leutnant und zwei Polizisten niedergeschossen worden. Die Schutzleute hatten vor einem Fleischerladen Stellung genommen, um Rückendeckung zu haben. Die Menge warf nun die Scheiben der Ladenfenster ein, und die Scherben fielen auf die Schutzleute. Aus der Menge drangen einige in den Laden und nahmen von den dort vorhandenen Fleischwaren an sich. Doch wurde aus der Menge dagegen Protest erhoben und die paar Leute mußten das entwendete Gut wieder an Ort und Stelle bringen. Im weiteren Verlaufe der Vorgänge sind sodann vier Straßenbahnwagen umgeworfen und weitere 15 Wagen betriebsunfähig gemacht worden durch Entfernung der Kontaktstange und Wegnahme der Kurbel.

Später ist die Menge an der Ottostraße wieder auf Schutzleute gestoßen. Auch hier hat die Polizei geschossen. Ein Polizist ist so schwer verwundet worden, daß er weggetragen werden mußte. Von sonstigen Opfern bei diesem Zusammenstoß ist nichts bekannt geworden.

Zusammenfassend ist von der Streiklage zu sagen, daß genaue Ziffern nicht gegeben werden können. Nur so viel ist aus genauen Beobachtungen zu sagen, daß die Beteiligung auch am Donnerstag noch im Wachsen gewesen ist.

Ueber die Räumung des Gewerkschaftshauses ist unserm gestrigen Bericht hinzuzufügen, daß die Behörde mit Gegenvorstellungen und auf die Weigerung der Funktionäre, die Bureaus freiwillig zu verlassen, auf eine Räumung der Gewerkschafts-Bureaus verzichtet hat. Die Funktionäre haben Einlaßkarten erhalten, auf Grund deren sie ihre Arbeitsstellen aufsuchen dürfen.

•

Wir registrieren folgende Meldungen aus dem Reiche:

Köln. Am Donnerstag sind Arbeiter der Firma Howolt und andrer Firmen in den Streik getreten. Abends wurde eine Deputation der Streikenden vom Kölner Oberbürgermeister empfangen.

Dresden. Am Donnerstag haben Arbeiter der Gußstahlfabrik Döhlen die Arbeit niedergelegt. Eine Versammlung, die vormittags abgehalten werden sollte, wurde verboten. Die Arbeiter des Stahlwerks Pirna ist vollzählig in den Ausstand getreten. Der Streik greift auch auf die Umgebung von Dresden über.

Wo bleibt der Reichstag?

Das Bestreben, sich selbst eine Machtposition zu schaffen, zu sichern, zu erweitern und mit der so errungenen Autorität in den Gang der Politik mit eigener Initiative einzugreifen, ist bisher höchstens programmatisch vom Reichstag bekundet worden. Den Ehrgeiz, dieses Bestreben jetzt, angesichts des entscheidenden Wendepunktes der europäischen Geschichte, durchzusetzen, zeigt er nicht. Es genügt ihm einstweilen, einen repräsentativen Teil fürs Ganze in Form von Parteiausschüssen zurückzulassen. Wenn es dabei bliebe, dann wäre der ganze Kampf um die Parlamentierung viel Lärm um Nichts gewesen. Denn was bei solchen Ausschußverhandlungen herausschaut, ist doch höchstens dieses: die Regierung kann die Ansichten der Parteien zur Kenntnis nehmen, sie kann erfahren, mit welchem Nachdruck die einzelnen Fraktionen auf ihren Forderungen bestehen, welche Aussichten überhaupt eine Gesetzesvorlage bei ihrer Einbringung im Plenum hätte, mehr aber auch nicht. Das ist vielleicht im Frieden ein gutes Vorbereitungsstadium, für gesetzgeberische Aktionen, aber eine praktische, produktive Politik kommt dabei niemals heraus.

Ohne den ganzen Reichstag ist keine Autorität vorhanden, die die gegenwärtige Taktik unter zielklaren, vereinbarten Direktiven hält. In den westlichen Parlamenten geht es gewiß nicht musterhaft zu, dafür aber sind sie für den deutschen Reichstag nachahmungswürdig: sie bleiben permanent in Tätigkeit und wenn sie sich einmal kurze Ferien gönnen, so doch nur nach der ausdrücklichen Abmachung, sofort wieder zusammenzutreten, wenn es geboten erscheint, einer neuen Phase der politischen Verhältnisse mit neuen Entschlüssen zu folgen.

Weil das bei uns nicht der Fall ist, darum konnten die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk einen Verlauf nehmen, der sie zwischen Scheitern und Zustandekommen herumwarf. Das ist doch wirklich beschämend: am Weihnachstag einigt man sich auf ein Programm, das dem Charakter dieses Festes einen politischen Ausdruck gibt. Ein paar Tage später hörte man schon von „Interpretationen" des Verständigungsfriedens; wie ihn der oder jener Diplomat „auffaßt", der sich inzwischen an den Wünschen alldeutscher Dividendenpatrioten orientiert zu haben schien. Dann hieß es: eine Aenderung im ursprünglichen Friedensprogramm sei nicht beabsichtigt, Hertling bleibe, Kühlmann bleibe, der Kronrat brauche nicht einberufen zu werden, alles sei in bester Ordnung. Sehr hübsch kommentierte der Vorwärts: Hinter verschlossenen Türen verhandelte man nach 3½ Kriegsjahren darüber, was wir eigentlich wollen. Das Volk stand draußen und zählte sich an den Knöpfen ab, ob uns Eroberungslust treibt oder nicht. Ja, nein — ja, nein — ja nein. Nein lautete die neueste Nachricht. Uns treibt nicht Eroberungslust. — **Das wäre unmöglich gewesen, wenn der vollzählig versammelte Reichstag über die Durchführung seines Programms vom 19. Juli gewacht hätte.**

Verständigungsfriede! Es kann darüber keine Verschiedenheiten der „Auffassung" geben. Er bedeutet die Einstellung der Feindseligkeiten und das redliche Bestreben, es künftig nicht mehr zu solchen kommen zu lassen, sondern alle Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze durch Verträge zu regeln. Hat man sich einmal zu diesem Grundsatz bekannt, so muß daran festgehalten werden. An der hierzu erforderlichen Festigkeit haben es aber nicht nur die Unterhändler in Brest-Litowsk, sondern vor allen der Reichstag selber fehlen lassen. Hat es doch der nationalliberale Fraktionsführer Stresemann fertiggebracht, neulich in Karlsruhe zu sagen, daß der Reichstag keine Berechtigung habe, in die Friedensverhandlungen hineinzureden! Das wäre noch logisch, wenn die unter Mitwirkung des Reichstags gewählten Unterhändler ihren Richtlinien gemäß bis zum Abschluß des Präliminarfriedens frei von jeder Beeinflussung verhandelt hätten. Aber haben wir nicht erlebt, daß von allerhand zudringlichen Elementen versucht wurde, sich in diese Verhandlungen einzumischen oder andere Mächte zur Einmischung zu bewegen? Und da soll derselbe Reichstag, der vor wenigen Monaten noch leidenschaftlich um die Erweiterung seiner verfassungsmäßigen Rechte kämpfte, sich selber ausschalten, wenn Fragen zur Entscheidung stehen, die das ganze Volk aufs tiefste bewegen und für die Zukunft unseres Landes von größter Tragweite sind?

Das würde doch heißen: Es ist alles vertauscht. Sich selbst ist der Reichstag es schuldig, daß er in jeder Stunde, wo die Regierung vor wichtigen Entscheidungen steht, in seiner Gesamtheit das deutsche Volk vertritt. Verzichtet er darauf, bleibt er abseits, so wird sein Ansehen nach innen und außen unrettbar verloren gehen.

Ihm ist — spät, aber doch! — das Recht verliehen worden, im Giebelfelde seines Hauses die Inschrift: „Dem deutschen Volke" zu führen. Jetzt ist die Frage, ob er sich dieser Inschrift würdig erweist. Bleibt er draußen und läßt er weiter zu, daß nur mit einer kleinen Schar von Auserwählten über die Lebensfragen der deutschen Nation verhandelt wird, so wird das die Erinnerung an die trübste Zeit der deutschen Geschichte wachrufen, an den Ausgang des dreißigjährigen Krieges, von dem es heißt: Das Volk stand vor den Toren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0001

Die Ausschußberatung der Herrenhausvorlage

ging am Donnerstag bei der Frage der Arbeitervertretung weiter. Ein Nationalliberaler wünschte eine Vertretung der Arbeiterschaft. Bei einer lückenlosen Vertretung aller Berufsstände müssen auch die Arbeiter vertreten sein. Erwünscht wäre es, wenn dabei den verschiedenen Strömungen und politischen Richtungen innerhalb der Arbeiterschaft Rechnung getragen werde.

Ein Konservativer: Man muß die politische Unabhängigkeit des Herrenhauses auch gegenüber wechselnden Volksströmungen, die zuweilen ihren Niederschlag doch auch in den berufenen Beratern der Krone zu finden pflegen. Es darf nicht dahin kommen, daß die politische Gesamttendenz des Herrenhauses durch einen unbegrenzten Peerschub beeinflußt wird. Deshalb erblicken wir in dem numerus clausus ein Mittel, diese Gefahr zu beseitigen. In jedem Oberhaus muß das Motiv des Verantwortlichkeitsgefühls besonders stark ausgeprägt sein. Dieses Motiv wird verstärkt, wenn man die Präsentation beschränkt überwiegend auf diejenigen Berufe, die eine Verantwortung für eine mehr oder mindergroße Zahl von wirtschaftlich abhängigen Personen tragen. — Gegenüber dem sozialdemokratischen Redner, der gemeint habe, daß nach dem konservativen Antrag vielleicht nur Gelbe in das Herrenhaus kommen würden, bemerke er, daß der erste Arbeitervertreter ein Christlicher sei, und daß die Konservativen zu der jetzigen Regierung das Vertrauen habe, daß sie auch sozialdemokratische Arbeiter vorschlagen werde.

Ein Volksparteiler: Im Herrenhaus müssen alle wesentlichen Berufe vertreten sein, der Arbeiterstand muß unbedingt eine Vertretung haben, die Entwicklung des Reiches verdanken wir nicht nur den Unternehmern, sondern auch der großen Masse der Arbeiter. Wenn die Konservativen in ihrem Antrag neben 6 Arbeitern und 6 Privatangestellten auch 6 Anwälte vorschlagen, so sei das doch ein schreiendes Mißverhältnis. Die von dem sozialdemokratischen Antrag geforderten 111 Arbeitervertreter stellten eine viel zu hohe Zahl dar. Man dürfe nicht verkennen, daß alle Arbeiter, gleichviel ob Hirsch-Dunckersche, Sozialdemokraten oder Christliche, sich in diesem Kriege national betätigt haben und wie erfolgreich ihre Tätigkeit für unser Durchhalten gewesen ist. Angesichts dieser Staatsgesinnung der Arbeiter haben wir alle Veranlassung, sie auch in das Herrenhaus zu bekommen. Wertvoller als das Vertrauen der Krone ist für die Arbeiter das Vertrauen ihrer Klassengenossen.

Ein Ministerialdirektor des Handelsministeriums: An geeigneten Präsentationskörpern für die Arbeiter fehlt es, das zukünftige Arbeitskammergesetz wird eine solche Grundlage nicht geben, denn es sind darin nur die gewerblichen Arbeiter im engeren Sinne vertreten, nicht aber auch z. B. die Seeleute, Eisenbahn- und landwirtschaftlichen Arbeiter. Der sozialdemokratische Antrag sieht die Arbeitnehmerbeisitzer bei den Oberversicherungsämtern vor, aber wir haben doch außer den allgemeinen Versicherungsämtern noch besondere Knappschaftsversicherungsämter und solche Aemter für jeden Eisenbahndirektionsbezirk; die müßten denn auch in Betracht gezogen werden. — Viel geeigneter wären die versicherten Vertreter bei den Versicherungsämtern.

Ein Nationalliberaler: Die Arbeiter bilden einen besonderen Berufsstand und ihre Vertreter müssen von ihnen selbst berufen werden. — Ein anderer Nationalliberaler: Die Arbeitervertreter werden größeres Ansehen genießen, wenn sie von ihren eigenen Genossen berufen werden. — Minister Drews: Der konservative Antrag will der Krone vorschreiben, aus welchen Ständen sie die von ihr zu Berufenden auswählen soll. Die Krone hat schon dadurch, daß sie sich mit der Beschränkung auf 150 zu Ernennende begnügt hat, ein wichtiges Kronrecht preisgegeben. Sie hat es getan, um das Herrenhaus zu befestigen. Nicht nach der Kopfzahl, sondern nach der Wichtigkeit der einzelnen Gruppen für das Volksleben muß die Vertretung im Herrenhause abgestuft werden.

Der Sozialdemokrat erwidert dem Ministerialdirektor, daß ja noch kein Mensch weiß, wie das Arbeitskammergesetz aussehen werde, es sei aber sehr wohl möglich, daß neben den allgemeinen Arbeitskammern auch besondere Arbeitskammern für die landwirtschaftlichen Arbeiter errichtet werden, so daß tatsächlich die gesamte Arbeiterschaft eine Vertretung erhielte. Wenn der Minister von einer Interessenvertretung spricht, so vergißt er, daß es im Wesen eines Ständehauses liegt, eine Vertretung einseitiger Interessen zu sein. Will man das verhindern, dann muß man von einer Ständekammer überhaupt Abstand nehmen. Ueber die Präsentation der Arbeitervertreter kann man sich im Unterausschuß verständigen, wesentlich aber ist der Grundsatz, daß die Arbeiter nicht auf die Berufung aus königlichem Vertrauen angewiesen werden, sondern ihre Vertreter selbst präsentieren.

Die folgenden Redner sprechen über die übrigen Berufsstände. Ein Volksparteiler fordert, daß der Krone die Möglichkeit des Peerschubs belassen werde, denn es müsse verhindert werden, daß das Herrenhaus sich dem übereinstimmenden Willen von Krone und Volksvertretung widersetze. In England können in solchem Falle Gesetze auch ohne Zustimmung des Oberhauses gemacht werden, aber dahin zielende Anträge würden ja hier aussichtslos sein.

Ein Zentrumsredner will das Herrenhaus ungeschwächt erhalten. Komme es zu einem Konflikt zwischen beiden Häusern, dann könne man ja die Stimmen aus beiden Häusern durchzählen und so die Mehrheit konstruieren.

Ein Konservativer sagt, wenn der König ein weitgehendes Berufungsrecht behalte, so würde ihm eine parlamentarische Regierung zu einer Schachfigur herabdrücken, die nur noch den Peerschub zu besorgen habe.

Ein fortschrittlicher Antrag will dem König das Recht geben, bei einer Auflösung des Abgeordnetenhauses auch die präsentierten Mitglieder des Herrenhauses nach Hause zu schicken. Es sollen dann aber binnen 90 Tagen Neuberufungen erfolgen müssen.

Eine Reihe von Anträgen, die die Vertretung der Universitäten betreffen, sowie das Eintreten eines Fortschrittlers für eine nicht vom königlichen Vertrauen abhängige Berufung von Vertretern des Judentums entfesseln eine längere Debatte. Die Regierung sagt zu, daß Vertreter des Judentums ernannt werden sollen, aber es fehle an einem Präsentationskörper, und mit demselben Recht wie die 450 000 Juden könnten auch die Altlutheraner und Altkatholiken eine Vertretung verlangen.

Das Zentrum begründet seine Forderung auf Erhöhung der Zahl der Kirchenvertreter u. a. damit, daß dies einen Schutz gegen die von vielen Seiten angestrebte Trennung der Kirche von der Schule gewähren würde. Die Konservativen erwidern, der beste Schutz dagegen würde es sein, wenn man das Abgeordnetenhaus vor Radikalisierung bewahre. Die Bemerkung eines Zentrumsredners, daß die Vermehrung der Kirchenvertreter auch einen Schutz gegen diese Radikalisierung darstelle, ruft die konservative Erwiderung hervor, wenn man dem Zentrum bei seinen Wünschen helfen solle, so müsse das Zentrum auch die Konservativen bei ihrem Kampf gegen die Radikalisierung unterstützen.

Sämtliche Anträge wurden einem Unterausschuß überwiesen, der Verfassungsausschuß versammelt sich erst wieder am Mittwoch.

Luftangriff auf Paris.

Paris, 31. Januar. (Amtlich.) Ein Angriff feindlicher Flugzeuge auf Paris hat in der letzten Nacht stattgefunden. Gegen 11 Uhr 30 Minuten wurde Alarm geblasen, Bomben wurden an verschiedenen Stellen des Pariser Häusermeeres abgeworfen. Man meldet Sachschaden und Todesfälle. Vollständigere Mitteilungen werden veröffentlicht werden, sobald verbürgte Nachrichten eintreffen.

Paris, 31. Januar. (Havas.) Um 11 Uhr 35 Minuten nachts griffen die Abwehrgeschütze die feindlichen Flugzeuge in der nördlichen Gegend von Paris kräftig an. Um 11 Uhr 55 Min. wurde gemeldet, daß eine Bombe auf ein Haus gefallen sei, das ziemlich ernstlich beschädigt worden sei. Zahlreiche Fensterscheiben in benachbarten Häusern wurden zerbrochen. Etwas später wurde der Abwurf mehrerer anderer Bomben gemeldet.

Die Luftangriffe auf London.

Der englische amtliche Bericht über die Luftangriffe lautet: Während der letzten Nacht wurden zwischen 10 Uhr abends und 12 Uhr 30 Minuten morgens von feindlichen Flugzeugen mehrere Angriffe auf London unternommen. In einem Falle gelang es den Angreifern bis über die Hauptstadt hindurchzudringen. Die erste feindliche Maschine überflog die Insel Thanet um 9 Uhr 40 Minuten und fuhr die Themsemündung weiter in der Richtung nach London. Sämtliche Flugzeuge wurden durch Geschützfeuer zur Umkehr gezwungen. Ungefähr zur selben Zeit flogen vier andere Angreifer über die Küste von Essex. Auch ihnen ist es nicht gelungen, durch die äußere Verteidigungslinie der Hauptstadt durchzudringen. Inzwischen passierte ein einzelnes Flugzeug, das um 10 Uhr 30 Minuten über die Küste von Essex geflogen war, im Bogen Nord- und Westlondon und warf einige Bomben am südwestlichen Rande der Stadt ab. Zu gleicher Zeit ließ eine andere feindliche Maschine Bomben am Nordostrande der Stadt fallen, ohne jemanden zu verletzen oder Schaden anzurichten. Andere Flugzeuge, die die Küste von Kent und Essex zwischen 10 Uhr 25 Minuten und 10 Uhr 50 Minuten überflogen, wurden alle auf ihrem Wege nach London an verschiedenen Stellen zur Rückkehr genötigt. Der Schlußangriff der von drei oder vier Maschinen zwischen 11 Uhr 30 Minuten und Mitternacht über die Essex-Küste hinweg unternommen wurde, war ebenfalls ohne Erfolg. An verschiedenen Stellen von Kent und Essex wurden Bomben abgeworfen, aber es liegen noch keine genauen Nachrichten über Menschenverluste oder Schäden aus diesen Grafschaften vor. In den südwestlichen Vorstädten Londons wurden einige wenige Personen getroffen.

Vermutlich haben an den Luftangriffen ungefähr ebenso viele Flugzeuge teilgenommen wie in der vorherigen Nacht, nämlich 15. Eine Anzahl unserer Flugzeuge stieg auf und es werden mehrere Gefechte mit feindlichen Maschinen gemeldet. Einer unserer Flugzeugführer griff ein feindliches Flugzeug am nordwestlichen Rande Londons an, was zur Folge hatte, daß dieses seine Bomben im offenen Gelände fallen ließ und sich davon machte. Alle unsere Flieger sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Die englische Offensive 1917.

Amsterdam, 31. Januar. Der militärische Mitarbeiter der englischen Wochenschrift **World** lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß **Haig** in den Berichten über die Taten der britischen Truppen in Frankreich im abgelaufenen Jahre **nichts über die Verluste** sagt. Früher habe der Generalstab nie versäumt, Verluste zu melden, denn der Wert des militärischen Erfolges hänge im allgemeinen von dem Preise an Menschenleben ab, den man dafür bezahle.

Die große Offensivbewegung von 1917 habe nicht nur keine Entscheidung gebracht, sondern auch keine strategischen Ergebnisse von Bedeutung. Der Mitarbeiter wirft Haig vor, daß er die Schuld an seinen geringen Erfolgen dem Wetter, den Verbündeten und der britischen Regierung in die Schuhe schiebe. Es gehe nicht an, daß ein Oberbefehlshaber, der in zwei Offensiven mehr als eine Million Mannschaften verlor, den Stab über die Regierung breche. Der Verlauf vieler englischer Offensiven zeige, daß das englische Oberkommando dem deutschen noch nicht gewachsen sei. Aber die Schuld treffe nicht Haig allein, auch der französische Oberbefehlshaber nehme an der Verantwortung teil.

Trotzdem müsse festgestellt werden, daß der britische Generalstab seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Die Deutschen seien an der Westfront gefährlicher geworden als zu irgendeinem Zeitpunkt seit der Schlacht an der Marne. Es werde eine große Offensive vorbereitet. Es wäre der reine Wahnsinn, annehmen zu wollen, daß sie mißglücken werde. Sie werde im Gegenteil wahrscheinlich gelingen. Diese Krisis im Kriege werde dann vermutlich die letzte sein.

Englische Arbeiter für den Frieden.

Eine Massenversammlung von **Maschinisten** und Angehörigen verwandter Gewerkschaften in der Alberthall in **London** am 27. Januar hat eine Entschließung angenommen, die die britische und die alliierten Regierungen auffordert, unverzüglich einen **Waffenstillstand** auf allen Fronten zu schließen und den Mittelmächten ein **Friedensangebot** zu machen auf folgender Grundlage: Keine Annexionen, keine Entschädigungen, Selbstbestimmung der Nationalitäten.

Die Entschließung verlangt, daß Vertreter der Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder an den Friedensverhandlungen teilnehmen, und erklärt, daß, falls die Mittelmächte es ablehnen sollten, auf dieser Grundlage zu verhandeln, die britische Arbeiterschaft der Regierung beistehen werde, den für die Fortsetzung des Krieges notwendigen Mannschaftsersatz zu erhalten, daß aber, falls die englische Regierung es ablehnen sollte, den Mittelmächten dieses Angebot zu machen, die Versammlung sich verpflichte, der Durchführung des Mannschaftsgesetzes entschlossenen Widerstand zu leisten.

Der parlamentarische Mitarbeiter von Daily Chronicle bemerkt, daß die große Alberthall dicht besetzt war und Tausende keinen Platz finden konnten. Die Entschließung sei **einstimmig** und begeistert angenommen worden. Aehnliche Entschließungen seien gleichzeitig in anderen Maschinistenzentren, besonders am Clyde, am Tyne, in Sheffield und Barrow angenommen worden.

Arbeiterausstände auch in England.

In **Birmingham** haben 10 000 Arbeiter in den Austin-Motoren-Fabriken die Arbeit niedergelegt. In **Manchester** ist eine Protestversammlung gegen die Teuerung der Lebensmittel abgehalten worden. Die Metallarbeiter haben beschlossen, in den Ausstand zu treten; die Anzahl der Ausständigen beträgt bisher 100 000 Mann.

Die Revolution in Finnland.

Daily Chronicle wird aus **Stockholm** geschrieben: Die Bolschewiki-Revolution in Finnland ist **gelungen**, die **Regierung gestürzt** und **Helsingfors in den Händen der Revolutionäre**, die von russischen Soldaten und der Roten Garde unterstützt wurden. In **Nordfinnland** ist die **Revolution mißlungen**; hier war die Weiße Garde stärker als die Rote Garde. Der Bürgerkrieg begann, nachdem die revolutionäre Armee der vereinigten finnischen und russischen Sozialisten große Truppenmassen in Wiborg und Helsingfors zusammengezogen hatten.

Stockholm, 31. Januar. (Sv. T.-B.) Nachdem das finnländische Telegraphen-Bureau von der Roten Garde geschlossen worden ist, telegraphiert ein Sonderberichterstatter, daß **Helsingfors dauernd ruhig ist**. Die russischen Zivilpersonen reisen ab. Ein Kampf zwischen der Roten und Weißen Garde ist augenblicklich bei Tibbo im Gange, dessen Ergebnis unbekannt ist. Die Schutzkorps kämpften überall ruhmvoll; sie verfügen über Kanonen. In der Nacht vom Montag zum Dienstag fand ein neuer Kampf bei der Station **Kamara** statt. 22 Rote Garden wurden getötet, 127 verwundet. Die Weiße Garde verlor 8 Tote und 1 Verwundeten.

Der russische Krieg gegen Rumänien.

Ueber das **erste Gefecht** zwischen den Russen und Rumänen am 23. Januar an der Eisenbahn Ungeni—Kischinew wird gemeldet, daß drei russische Bataillone eine kleinere rumänische Abteilung an einer Eisenbahnstation umzingelten und aufforderten, sich zu ergeben. Die Rumänen drahteten nach Ungeni um Hilfe und leisteten kräftig Widerstand. Als nach einstündigem Maschinengewehrfeuer fast alle Rumänen kampfunfähig waren, näherte sich ein Eisenbahnzug mit einem Bataillon Infanterie, vier leichten Kanonen und mehreren Maschinengewehren aus Ungeni, griff die russischen Truppen an und trieb sie zurück. Die Verluste waren auf beiden Seiten sehr groß.

Trotzki an die Perser.

Trotzki richtete an den persischen Gesandten in Petersburg ein Schreiben, in dem es heißt:

In voller Uebereinstimmung mit den Grundsätzen internationaler Politik, wie sie am 28. Oktober 1917 von der zweiten Versammlung der Räte Allrußlands gebilligt wurden, erklärt der Rat der Volksbeauftragten **das englisch-russische Abkommen vom Jahre 1907** als gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des persischen Volkes gerichtet und **für immer ungültig**. Ebenfalls werden außer Kraft gesetzt und für **null und nichtig** erklärt alle Verträge, die vor oder nach dem erwähnten Abkommen abgeschlossen wurden und die in irgendeiner Hinsicht das **persische Volk in seiner Freiheit und Unabhängigkeit einschränkten oder vergewaltigten**.

Glauben Sie mir, Bürger Gesandter, daß jede Schwierigkeit, die dem persischen Volke durch die noch nicht aus dem persischen Gebiete abgezogenen russischen Truppen erwächst, **gegen unseren** Willen erfolgt und nur durch Unwissenheit der Soldaten oder durch den schlechten Willen der gegenrevolutionären Elemente im Oberbefehl entsteht. Jeder russische Bürger, der ungesetzlicher und roher Handlungsweise gegenüber persischen Bürgern angeklagt ist, wird mit der ganzen Strenge der revolutionären Gesetze bestraft werden.

Die Regierung der Räte wird ihrerseits auf dem Gebiete der internationalen Beziehungen ihr Möglichstes tun, um die **vollständige Räumung Persiens** auch von den türkischen und englischen Truppen durchzusetzen. Wir hoffen lebhaft auf das Kommen einer Zeit, wo die Völker ihre Regierungen zwingen werden, den Gewalttätigkeiten gegen das persische Volk eine Grenze zu setzen, und wo dieses frei die Kräfte seines Landes wird entfalten können. Jedenfalls erachtet der Rat der Volksbeauftragten Beziehungen mit Persien, die ausschließlich auf dem freien Einverständnis und der gegenseitigen Achtung der Völker gegründet sind, als statthaft.

Zu den Ereignissen in Wladiwostok.

Der Geschäftsträger der japanischen Botschaft in Petersburg übermittelte dem Kommissariat des Auswärtigen eine Erklärung seiner Regierung auf den Protest des Rates der Volksbeauftragten gegen die Besetzung der Hafenanlagen von Wladiwostok durch japanische Truppen. Nach dieser Erklärung wäre die Landung japanischer Detachements zum Schutze des Lebens und Eigentums der Ausländer in Wladiwostok notwendig geworden. Die japanische Regierung sei verpflichtet, weitere Angriffe gegen die konsularischen Vertretungen in Wladiwostok und die Vernichtung japanischen Eigentums zu verhindern. Für die bisher durch Ausschreitungen des Pöbels angerichteten Schäden an japanischem Eigentum müßten Garantien für Schadloshaltung der geschädigten japanischen Besitzer geschaffen werden. Dieser letzte Passus läßt erkennen, daß die japanische Regierung mit einer dauernden Besetzung Wladiwostoks rechnet, um sich für die durch die Annullierung der ausländischen Anleihen erlittenen finanziellen Verluste schadlos zu halten.

Zu den Ereignissen in Wladiwostok

Rußlands innere Kämpfe.

Die Times erfährt aus **Petersburg**, daß Abteilungen Roter Garde nach **Beßarabien** geschickt worden sind. Auch verschiedene Front-Regimenter Infanterie mit Artillerie erhielten Befehl, nach Beßarabien zu gehen. Petersburg ist infolge der Zerstörung der Eisenbahnlinien in dem Gefecht bei Wiborg völlig von Finnland abgeschnitten.

Die nationale Muselmanen-Versammlung, die in **Orenburg** unter dem Vorsitz Maksudows, des früheren Mitglieds der dritten Duma, abgehalten wurde, hat die **Republik von Wild-Ural** mit den Städten Ufa, Kasan und Orenburg proklamiert. Diese Republik soll später als förderative Republik der russischen Republik angegliedert werden.

Arbeiterdelegierte beschwerten sich im Smolny-Institut über die **ungenügende Brotration**. Der Gemeinderat will das Brot durch Kartoffeln ersetzen.

In Nowo-Archangelsk im Kreise Jelisawetgrad, entstand bei der Plünderung von Branntwein-Lagern ein Brand, bei dem 200 Personen umkamen.

Die Rote Garde besetzte das Rathaus von **Moskau**.

Der frühere Minister des Aeußern Pokrowski, der zuletzt Direktor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0002

des Roten Kreuzes war, ist verhaftet worden. Auch mehrere andere Mitglieder des russischen Roten Kreuzes wurden vor einigen Tagen verhaftet und die Institution des Roten Kreuzes aufgehoben.

Auf Grund der von erlassenen Dekrete wurde zum Regierungskommissar im Kultusministerium die mit Lenin in wilder Ehe lebende Frau Wichinska und zu ihrer Sekretärin die Gattin des Kommissars für Finanzwesen ernannt.

In Sebastopol haben vergangene Woche, im Zusammenhang mit der Ermordung der 60 Marineoffiziere, auf allen im Hafen liegenden Schiffen der Schwarzen-Meer-Flotte große Versammlungen stattgefunden, in denen beschlossen wurde, um weitere „Mißverständnisse“ zu vermeiden, das ganze Offizierskorps aufzulösen. In der Stadt herrscht gegenwärtig vollständige Ruhe. Die Banken arbeiten wie gewöhnlich, der Handel ist wieder aufgenommen.

Aus Charkow wird gemeldet: In der Stadt werden Nacht für Nacht den Bolschewiki verdächtige Personen verhaftet. Die 12 größten Charkower Kapitalisten und der Herausgeber des Juschnijkarj wurden ins Gefängnis geworfen. Man verlangt von den Verhafteten eine Million Rubel zur Tilgung der Not unter den Arbeitslosen.

Am 26. Januar wurde in Charkow ein zweites ukrainisches Regiment entwaffnet. Die Kasernen dieses Regiments wurden während der Nacht durch Maschinengewehrabteilungen und Panzerkraftwagen umzingelt. Die Ukrainer haben kapituliert und übergaben den Bolschewiki 700 Gewehre und 13 Maschinengewehre. Der Kommandant wurde verhaftet.

Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Gestern, Donnerstag, wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Aeußern Grafen Czernin eine Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten.

Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete besprochen habe, welche von reichsdeutschen Truppen besetzt seien. Er schlage nunmehr vor, zu versuchen, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein selbständig über diese Frage zu verhandeln und zu beschließen.

Herr Trotzki erwiderte, er erhebe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allem Nachdruck Einspruch dagegen, daß die Delegation der Kiewer Rada sich auf den Standpunkt stelle, sie könne territoriale Fragen einseitig und selbständig lösen. Seine Auffassung werde heute noch mehr unterstützt durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutivausschusses der ukrainischen Republik im Verbande der russischen Delegation. Dies sei die formelle Seite der Frage. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, welches er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Brester Verhandlungen mehr als eine Frage der Vergangenheit anzusehen sei, denn als eine Frage der Gegenwart und der Zukunft.

Minister des Aeußern Graf Czernin führte hierauf aus: Ich glaube, daß in diesen Anschauungen zwischen den Herren der ukrainischen und der Petersburger Delegation ein entschiedener Widerspruch besteht. Die Herren der russischen Delegation werden mir gewiß recht geben, wenn ich sage, daß es notwendig ist, diese Frage klarzustellen. Ich würde daher vorschlagen, daß wir baldmöglichst eine Vollsitzung abhalten, wo diese in erster Linie zwischen den Regierungen von Petersburg und Kiew zu entscheidende Frage vereinigt wird. Ich möchte nur zu meiner Aufklärung um eine Mitteilung bitten. Wenn, wie ich mich erinnere, in den ersten Sitzungen die Frage der territorialen Kompetenzabgrenzungen zwischen Petersburg und Kiew besprochen worden ist, so habe ich das so aufgefaßt, daß es sich um die Grenzen handelte, die die Ukraine und das von Petersburg aus verwaltete Rußland trennen würden. Ich habe aber nicht verstanden, daß die Grenze der Ukraine gegenüber Polen Gegenstand besonderer Beratung mit Petersburg sein müßte. Die Frage, die ich mir zu stellen erlaube, geht also dahin, ob der Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sich dahin zusammenfassen läßt, daß die Ukraine über die Angelegenheiten des selbständigen ukrainischen Staates, insbesondere über dessen Grenzen, überhaupt nicht allein entscheiden kann.

Herr Trotzki entgegnete, es sei selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie, von Rußland unabhängige Republik bestände und weiterbestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen, selbständig würde lösen können. Aber diejenige ukrainische Regierung, welche im Verbande der russischen Delegation vertreten sei, stehe auf dem Standpunkt, daß die Ukraine einen Teil der föderativen Republik Rußland bilden werde. Deshalb sei es notwendig, daß diese Entscheidung erfolge auf der augenblicklichen, tatsächlichen Grundlage, ausgehend von dem Beschlusse, die russische Republik föderativ aufzubauen.

Auf Ersuchen des Staatssekretärs v. Kühlmann gab hierauf Herr Trotzki den Inhalt des von ihm erwähnten Telegramms bekannt, wonach der ausschlaggebende Teil der Kiewer Garnison zur ukrainischen Sowjetregierung übergegangen und die weitere Existenz der Rada nur nach ganz kurzen Zeiteinheiten zu bemessen sein soll.

Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschlossen, die Zuständigkeit der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer morgen abzuhaltenden Plenarsitzung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu verhandeln.

Zum Schluß erbat sich Herr Trotzki das Wort zu einer Anfrage, in der er ausführte, er habe aus der Presse erfahren, daß der Staatssekretär von Kühlmann an den polnischen Ministerpräsidenten, Herrn Kucharczewski, einen Brief gerichtet, in dem er mitteilte, er würde die Zuziehung eines Vertreters des polnischen Ministeriums zu den Friedensverhandlungen anregen. Er bitte um Auskunft, ob diese Frage bei einer der nächsten Sitzungen angeschnitten werden würde.

Staatssekretär von Kühlmann verwies auf seine wiederholten Erklärungen zu dieser Frage, welche mit der Frage der Anerkennung der Staatspersönlichkeit der besetzten Gebiete durch die russische Delegation im Zusammenhang stehe. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich sein werde, die Frage in nächster Zeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Minister des Aeußern Graf Czernin fügte hinzu, daß er auch seinerseits eine Entsendung von polnischen Vertretern unter bestimmten Voraussetzungen auf das wärmste begrüßen würde.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der Krieg zur See.

Berlin, 31. Januar (Amtlich). Im Sperrgebiet um England wurden kürzlich durch unsere U-Boote

5 Dampfer

versenkt, davon 3 tiefbeladen im Aermelkanal bei sehr starker feindlicher Gegenwirkung. Unter den Schiffen befanden sich 2 große bewaffnete englische Dampfer von mindestens 6000 und 4000 Tonnen. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Bern, 31. Jan. Der Lebensmittelkontrolleur Lord Rhondda erwähnte in einer Rede in Neuport, die deutschen Tauchboote hätten in einer Woche im Dezember drei Millionen Pfund Speck und vier Millionen Pfund Käse versenkt. Zweifellos lege der Tauchbootkrieg England bedeutende Unannehmlichkeiten und Entbehrungen auf. Man müsse eben den Gürtel fester schnallen und dem Feind ins Gesicht lachen.

Kopenhagen, 31. Januar. Finanztidende schreibt im Anschluß an eine Uebersicht über die U-Boot-Ergebnisse im Jahre 1917: Es läßt sich nicht bestreiten, daß der U-Boot-Krieg, wenn er auch nicht so schnell gewirkt hat wie die Deutschen berechnet hatten, doch ungeheuerliche Schädigungen der Welttonnage verursacht hat und noch verursacht und dadurch, wenn der Krieg fortdauert, die Herrschaft Englands zur See untergräbt.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, den 31. Januar 1918. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Gefechtstätigkeit blieb auf Erkundungen und Minenwerferkämpfe an verschiedenen Stellen der Front beschränkt.

Am Weihnachtsabend und im Laufe des Januars haben Flieger unserer Gegner trotz unserer Warnungen wieder offene deutsche Städte weit außerhalb des Operationsgebiets angegriffen.

Dank unserer Abwehrmaßnahmen hatten sie ernsthafte Verluste und Schäden nicht ein.

Zur Strafe wurde die Stadt Paris im ersten planmäßigen Luftangriff in der Nacht vom 30. zum 31. Januar mit 14 000 kg Bomben belegt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Asiago scheiterte ein italienischer Angriff im Feuer.

Zwischen Asiago und der Brenta blieb die Gefechtstätigkeit rege.

Die Zahl der von den österreichisch-ungarischen Truppen in den letzten Kämpfen gemachten Gefangenen hat sich auf 15 Offiziere und 600 Mann erhöht.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kleine Kriegsnachrichten.

Kowno, 31. Januar. Wie die Korrespondenz B. erfährt, werden die Militärverwaltungen Litauen und Bialystok-Grodno mit dem 1. Februar 1918 zu einer einheitlichen Verwaltung zusammengelegt mit der Dienstbezeichnung „Militärverwaltung Litauen“ und dem Sitz in Wilna. Die Militärverwaltung Litauen gliedert sich in zwei Bezirke: Litauen Bezirk Nord, in den Grenzen der bisherigen Verwaltung Litauen, mit dem Sitz in Wilna, und Litauen Bezirk Süd, in den Grenzen der bisherigen Verwaltung Bialystok-Grodno, mit dem Sitz in Bialystok. Zum Chef der Militärverwaltung Litauen wird der Rittmeister der Landwehr-Kavallerie von Heppe, bisher Chef der Militärverwaltung Bialystok-Grodno, ernannt.

Berlin, 31. Januar. Nationaltidende vom 30. schreibt: Die Entente versucht ihre Stellung auf dem Balkan zu stärken, wo eine Mackensensche Offensive großen Stils spätestens im März erwartet werden kann. Auch in Palästina kommen dauernd deutsche Truppen an.

Kopenhagen, 31. Januar. Archangelsk ist immer noch in englischer Hand, unter dem Oberbefehl eines englischen Vizeadmirals, der einem ausschließlich von Engländern bewohnten Teile vorsteht. Im Marineministerium in St. Petersburg bearbeiten drei englische Seeoffiziere die Angelegenheiten des Weißen Meeres.

Niederländisch Guayana.

Nach Blättermeldungen wollen die Vereinigten Staaten das langersehnte Ziel erreicht haben, nämlich Holland zur Aufgabe seiner südamerikanischen Kolonie Guayana zu bewegen. Von niederländischer Seite liegt bisher keinerlei Aeußerung vor, es läßt sich demgemäß nicht feststellen, ob die Nachricht auf Wahrheit beruht.

Niederländisch Guayana angeblich an die Vereinigten Staaten verkauft

Neues zur Weltlage.

Unter dem Vorsitz Clemenceaus hat am Mittwoch im großen Saale des Schlosses Trianon in Versailles die Konferenz der Alliierten begonnen. Es hat ein Gedankenaustausch über die Kanzlerrede und die Opportunität einer Antwort der Alliierten stattgefunden. Die Konferenz wird voraussichtlich erst am Sonnabend zu Ende gehen. — Die militärischen Mitarbeiter der großen französischen Zeitungen sind die ganze Front abgereist und haben sachverständig erwogen, wo der Durchbruch erfolgen wird. Von einer Offensive der Entente, der die Führung der Ereignisse immer mehr aus den Händen gleitet, spricht niemand. Die Fragen des gemeinsamen Kommandos und Planes sind aufgegeben.

Haparanda meldet von der finnischen Grenze, Finnland werde auch eine Delegation von fünf Mitgliedern zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk senden. Diese Delegation besteht aus drei Bürgerlichen und zwei Sozialisten.

Anläßlich der Lage in Finnland hat die schwedische Regierung vorbereitende Maßnahmen getroffen, um nötigenfalls unverzüglich Schiffe dorthin zu senden, welche die schwedischen Untertanen in ihr Vaterland zurückführen sollen.

Die polnischen Arbeiter zur Ausstandsbewegung.

Kattowitz, 29. Januar. Der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigung veröffentlicht einen Aufruf an die polnischen Arbeiter, in dem es u. a. heißt: Die polnischen Arbeiter haben bisher kaltes Blut bewahrt und ließen sich nicht auf Irrwege geleiten. Da jedoch in letzter Zeit die Gemüter durch die letzten Vorfälle in Oesterreich-Ungarn und durch die Lebensmittelschwierigkeiten erregt sind, ist es nicht ausgeschlossen, daß hier und dort jemand das Gleichgewicht verlieren und sich der Streikbewegung anschließen könnte. Deswegen erheben wir unsere warnende Stimme und fordern die polnischen Arbeiter auf, anonyme Aufrufe nicht zu beachten und Einflüsterungen von Verführern kein Gehör zu geben, dagegen sich ruhig zu verhalten und ihre Pflicht zu tun wie bisher. Solche Ausschreitungen, zu denen der Aufruf auffordert, sind Wasser auf die Mühlen der Gegner jeglichen Fortschritts, namentlich einer Reform des Arbeitergesetzes und der Wahlrechtsreform.

Was die Lebensmittelschwierigkeiten anbelangt, haben die Vertreter der Berufsvereinigung und anderer Verbände unlängst mit großer Bestimmtheit im Ernährungsamt die Klagen der Arbeiterschaft vorgetragen, und es ist zu hoffen, daß eine reellere Lebensmittelverteilung eintritt. Im übrigen, durch solche Ausschreitungen werden fehlende Lebensmittel weder vermehrt, noch geschaffen. Geht also nicht auf den Leim des Bolschewismus, sondern bleibt ruhig und bei klarem Verstand. Erfüllt auch die euch anvertraute Arbeit und meidet jegliche Ausschreitung.

Der Zentralvorstand der polnischen Berufsvereinigung, Kattowitz.

Eine bemerkenswerte Begrüßungsrede.

Bei der Eröffnung des Kongresses für Luftverkehrswesen und Recht sagte der ungarische Handelsminister Szterenyi in seiner Eröffnungsrede:

Der Krieg wird hoffentlich sehr bald ein Ende nehmen. Da muß die Arbeit wieder im Zeichen der Kultur und Zivilisation begonnen und die internationalen Beziehungen müssen wiederhergestellt werden, denn eine Abschließung der Völker nach Freunden und Feinden ist unmöglich, und jeder Staat, der sich im Verkehr gegen internationale Beziehungen abschließen will, wird es am eigenen Leibe zu büßen bekommen, wenn er diese Dummheit begeht. Wir fürchten nicht die Drohung unserer Feinde, sich von uns abzuschließen. Mögen sie es tun, wenn sie es zum eigenen Schaden tun wollen. Wir aber wollen gemeinschaftlich mit unseren Verbündeten vorangehen im Zeichen des Friedens und der Versöhnung.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Einberufung des Reichstages.

Aus parlamentarischen Kreisen wird dem Berliner Tageblatt erklärt: Die Sozialdemokratie hat, wie berichtet, den Antrag gestellt, das Plenum des Reichstages einzuberufen, damit es zur Streikbewegung Stellung nehmen kann. Die andern Parteien scheinen nicht bereit zu sein, diesem Wunsche zu entsprechen. Es wird von ihnen geltend gemacht, daß man dann den radikalen Elementen die Möglichkeit gebe, die Streikpropaganda vom Podium der Reichstagstribüne zu betreiben.

*

Der Bundesrat

hat gestern folgende neue Verordnungen angenommen: 1. Entwurf einer Verordnung über den Anbau von Zuckerrüben und das Brennen von Rüben im Betriebsjahr 1918/19; 2. Entwurf von Bestimmungen über die Bereitstellung von Reichsmitteln für die Entschädigung der infolge Kohlenmangels feiernden Arbeiter und Arbeiterinnen kriegswichtiger Betriebe der Rüstungs- und Ernährungsindustrie; 3. Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 8. April 1917 über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs; 4. Entwurf von Ausführungsbestimmungen zur Abänderung der Verordnung über die Kartoffelversorgung.

*

Mehr Religionsunterricht in Baden.

Eine große Anzahl katholischer und evangelischer Vereinigungen Badens erachten die Zeit des Weltkrieges für geeignet, um Forderungen durchzusetzen, die man früher zwar stellte, aber nie an ihre Realisierung glaubte. Sie richteten an die Erste und Zweite Kammer sowie an die badische Regierung das Ersuchen, den Religionsunterricht als obligatorisches Fach in den Lehrplan der Fortbildungsschule sowie der Gewerbe- und Handelsschulen aufzunehmen. Hoffentlich verhalten sich die badischen Parlamente gegen diese Ausnutzung der Konjunktur glatt ablehnend.

*

Arbeitervertreter im Finanzbeirat.

Dem Reichsschatzamt, das bekanntlich nach dem Kriege gewaltige finanzielle Aufgaben zu lösen haben wird, ist ein 24 gliedriger Finanzbeirat beigegeben worden, dem neben Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und der Finanz auch Arbeitervertreter angehören werden. Wie wir hören, sind als Arbeitervertreter der Genosse Schippel, sowie Herr Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften berufen worden. Wie wir vernehmen, soll der genannte Beirat keine Instanz auf gesetzlicher Grundlage darstellen, sondern nur eine Erweiterung und Verbesserung des inneren Apparates. Er soll Fühlung nehmen mit Sachverständigen der Praxis, Wünsche in Finanz- und Steuerfragen entgegennehmen und die Möglichkeit bilden, noch weitere Sachverständige gutachtlich zu vernehmen.

Aus aller Welt.

Panik in der Schule. Königshütte, 30. Januar. Dem Oberschlesischen Kurier zufolge entstand heute vormittag in einer Volksschule ein kleiner Kellerbrand. Hierdurch entstand in der von 1600 Schülern besuchten Schule eine Panik. Zwei Kinder wurden erdrückt, 15 so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird; ferner wurden 60 Kinder leichter verletzt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 1. Februar. Der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Buchdrucker Emil Döblin ist gestern im Alter von 64 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Er war seit fast 30 Jahren Leiter des Buchdruckerverbandes; auch gehörte er der Generalkommission deutscher Gewerkschaften an.

Bern, 31. Januar. Lyoner Blätter melden aus Paris: Gestern wurden in slavisch-anarchistischen Kreisen mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Sofia, 30. Januar. Nach Privatmeldungen der Wojeni Izwestija aus Babadag sind die rumänischen Truppen nach mehreren Gefechten in Reni eingezogen. Die Kämpfe dauern an der ganzen Front fort.

Rotterdam, 31. Januar. Maasbode meldet: Der schwedische Dampfer John (1110 Brutto-Tonnen) ist gestrandet und gesunken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0003

Mittelstandsnöte und Arbeiterschutz.

Die Staatshaushaltskommission des preußischen Landtages begann am Dienstag die Beratung des Handels- und Gewerbeetats. Der Berichterstatter Abg. Oeser (Freis.) erstattete sehr instruktive Referate über die „Wiederaufrichtung des Mittelstandes“ und die „Uebergangswirtschaft“. Daß der Mittelstand im allgemeinen und breite Handwerkerschichten im besonderen durch den Krieg schwer getroffen sind, wies der Berichterstatter nach und alle Parteivertreter stimmten dem zu. Konservative und freisinnige Abgeordnete, ausgesprochene Vertreter des Handwerkerstandes, klagten gleichermaßen über die starke wirtschaftliche Bedrängnis der Handwerkerschaft, die sehr oft nicht die erforderliche Unterstützung der zuständigen Behörden finde und im Vergleich zu der Großindustrie nur geringe Gewerbeaufträge erhalten habe. Auf die Bezahlung lasse man sehr lange warten. Weitherzigere Kreditgewährung aus Staatsmitteln sowie die Förderung des Genossenschaftswesens müsse den Handwerkern nach dem Kriege wieder aufhelfen. In diesem Sinne sagte der Minister für Handel und Gewerbe seine Unterstützung zu.

Der Vertreter der Sozialdemokratie, Abg. Hue, warnte davor, in den Kreisen des Mittelstandes und speziell des Handwerks Hoffnungen zu erwecken, die infolge der unaufhaltsamen, durch den Krieg außerordentlich beschleunigten Entwicklung zur großindustriellen Massenfabrikation nicht erfüllt werden könnten, teils aber auch nicht erfüllt wurden, weil in maßgebenden Regierungskreisen offensichtlich die Tendenz bestehe, die Großindustrie, den Großhandel und das Großbankwesen zu fördern, den Großen zu umfassenden, monopolistisch-wirkenden Organisation zu verhelfen. Gegenüber der in der Debatte erhobenen Anklage, die Sozialdemokratie sehe den Untergang des Handwerkerstandes als „notwendig“ an, erläuterte Hue, wie und warum große Handwerkerbranchen bereits durch die großkapitalistische Produktionstechnik vernichtet seien und daß die Sozialdemokratie keineswegs in der Vernichtung des noch technisch und wirtschaftlich erhaltungsfähigen Handwerks eine „parteipolitische Notwendigkeit“ erblicke. Auf die mehrfach erhobene Behauptung, der ungesund hohe Preisstand aller unserer Bedarfsartikel sei hauptsächlich die Folge der „unerhört hohen“, „viel zu hohen“ Arbeiterlöhne, antwortete unser Redner mit dem Vortrag von privaten und amtlichen Lohnzahlen aus dem Baugewerbe, der Holzindustrie, dem graphischen Gewerbe, der Metall- und der Chemischen Industrie usw. Die Löhne seien sehr weit hinter den Preissteigerungen für Lebensmittel, Kleidungsstücke, Papier- und Holzwaren, Baumaterialien usw. zurückgeblieben. Vor einer Kürzung der Löhne, bevor ein stärkerer Rückgang der Lebensmittelpreise eingetreten sei, müsse sehr ernstlich gewarnt werden!

Auf die sozialdemokratische Anfrage, was es mit dem von der Presse gemeldeten Getreideeinfuhrsyndikat auf sich habe und ob vom Staate für die Arbeitslosenunterstützung nach Friedensschluß vorgesorgt sei, antwortete der Minister, die Pressemeldung von dem Getreideeinfuhrsyndikat sei falsch. Bei Kriegsende sollten die Entlassungen aus dem Heere nach dem Bedürfnis des Arbeitsmarktes vor sich gehen. Weitere Vorsorge für staatliche Arbeitslosenunterstützung sei noch nicht getroffen. Der Berichterstatter hatte die ungehinderte Beschaffung der Rohstoffe aus dem Auslande als die für uns wichtigste wirtschaftliche Frage, auf die im Friedensvertrag Wert gelegt werden müsse, bezeichnet, was der Minister unterstrich. Der Zentrumsabg. Brackmann, (ein namhafter Anhänger der Vaterlandspartei. D. Red.) glaubte hierzu sagen zu müssen, daß „nur ein starker deutscher Frieden“ uns die freie Rohstofflieferung garantieren könne. Der sozialdemokratische Vertreter entgegnete, allerdings sei der ungehinderte Rohstoffbezug, der freie Welthandel überhaupt durch den Friedensvertrag zu garantieren, aber durch einen „starken deutschen Frieden“, wie ihn der Vorredner verstehe, würden wir zu dieser Sicherung unseres Wirtschaftsbedarfs nicht kommen können.

Zum Etatstitel: Gewerbeaufsichtsbeamten wurde folgender sozialdemokratischer Antrag gestellt: Die Kommission wolle beschließen:

„Die Königliche Staatsregierung zu ersuchen,

1. noch im Jahre 1918 die Zahl der Gewerbeinspektions-Assistentinnen erheblich zu vermehren;

2. im Bundesrat energisch dahin zu wirken, daß die auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzten Bestimmungen, betreffend den Schutz der gewerblich tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der Jugendlichen und der Kinder, alsbald wieder in Wirksamkeit treten.“

Gen. Hue begründet den Antrag in eingehender Weise. Im Etat für 1918 seien wieder nur, wie in den Vorjahren, vier weibliche Gewerbeinspektoren vorgesehen, obgleich sich die Zahl der gewerblich tätigen Arbeiterinnen seit Kriegsbeginn auf rund 5 Millionen erhöht habe und damit höher sei als die Zahl von beschäftigten männlichen Personen. Das erfordere auch eine Vermehrung des weiblichen Inspektionspersonals, da dieses besser in der Lage sei, als ihre männlichen Kollegen, die spezifischen Schutzbedürfnisse der Arbeiterinnen zu beurteilen. Ein im Herbst 1917 ergangenes Rundschreiben des Reichskanzlers enthalte schwere Anklagen gegen die Ausbeutung der Arbeiterinnen in der Rüstungsindustrie. Sehr lange Arbeitszeiten, regelmäßige 12stündige Nachtschichten und sogar 24stündige Wechselschichten seien üblich geworden. Die Volksgesundheit sei so schwer gefährdet, unser Nachwuchs ungemein bedroht. Die Düsseldorfer Handelskammer habe von der Einstellung von „Frauen der besseren Stände“ in der Rüstungsindustrie abgeraten, weil die Arbeit zu anstrengend sei und die Frauenkrankheiten darum erschreckend zugenommen hätten! Die Sozialdemokratie fordere auch den Schutz der Frauen aus den „schlechteren Ständen“. Darum sei jetzt die Wiedereinführung der durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 außer Kraft gesetzten Arbeiterschutzbestimmungen, nun der Krieg so lange dauere, dringend erforderlich. Die Aufhebung der Ausnahmebewilligungen brauche nicht sofort auf der ganzen Linie zu erfolgen, da dies unter Umständen zu schweren wirtschaftlichen Schädigungen der Arbeiterinnen führen könne. Aber man müsse alsbald mit dem Abbau der Ausnahmebewilligungen beginnen, man dürfe damit jedenfalls nicht warten bis zum Kriegsschluß.

Der Minister erklärt seine Sympathie mit der Vermehrung der weiblichen Aufsichtsbeamten. Es seien aber außer den vier etatsmäßigen Gewerbe-Assistentinnen noch 41 diätarisch angestellt. Weitere etatsmäßige Anstellungen müßten erst mit dem Finanzminister vereinbart werden. Die Aufhebung der kriegswirtschaftlichen Ausnahmebewilligungen sei, sowie es der sozialdemokratische Antrag wolle, noch nicht angängig. Ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, der die Ausnahmebewilligungen einschränke, sei Anfang 1918 erfolgt. Weiter könne man zur Zeit wegen der Kriegserfordernisse nicht gehen. Vom Zentrum wurde nun beantragt, sich zwar für die Mehranstellung von etatsmäßigen weiblichen Aufsichtsbeamten auszusprechen, aber aus dem sozialdemokratischen Antrag die Worte „im Jahre 1918“ zu streichen und statt „erheblich“ das Wort „tunlichst“ zu setzen. Von freisinniger Seite wurde der sozialdemokratische Antrag als zeitgemäß anerkannt; mit Rücksicht auf seine schleunige Durchführung möge statt „alsbald“ das Wort „baldmöglichst“ gesetzt werden. Genosse Hue erklärte, der ministerielle Erlaß ändere an den bestehenden schweren Mißständen so gut wie nichts und müsse darum nun der sozialdemokratische Antrag mit den Abänderungsanträgen aufrechterhalten werden. Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 1. Februar 1918.

Keine Militarisierung der Kriegsbetriebe. Aus Magdeburg wird von Wolffs Bureau unterm 31. Januar gemeldet. Nachdem die Arbeitervertreter am gestrigen Abend dem stellvertretenden Generalkommando ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht und die volle Wiederaufnahme der Arbeit für Freitag, 1. Februar, zugesagt haben, wird die in Aussicht gestellte Militarisierung der Betriebe vorläufig nicht vorgenommen.

Kleiderdiebstahl. Aus einer in der Humboldtstraße befindlichen Erdgeschoßwohnung wurden am Donnerstag abend Herrenanzüge, Kleider und Wäsche gestohlen. Die Diebe sind noch nicht ermittelt.

Ueberfahren. Ein Mädchen, das in der Merseburger Straße auf den in voller Fahrt befindlichen Motorwagen der Fernbahn zu springen versuchte, wurde angefahren und erlitt derartige Verletzungen, daß es mit dem städtischen Krankenwagen der königlichen Klinik zugeführt werden mußte.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.
Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Gemüse-Konserven. Sonnabend vormittag 8½—1 Uhr Nr. 3501 bis 7000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Abzugeben ist der Abschnitt 130 des Warenbezugsscheins 12. Jede Person ein Pfund; zugelassen sind nur diejenigen Haushalte, die die ihnen zustehende Menge in den Kleinhandelsgeschäften noch nicht bekommen konnten.

Bekanntmachung.

Betrifft die Gemeinde-Einkommensteuer-Veranlagung derjenigen Gewerbetreibenden, Bergbau- und Eisenbahn-Unternehmer, bzw. Erwerbsgesellschaften, deren Unternehmen sich außer auf Halle noch über andere Gemeinden erstreckt.

Zum Zwecke der Verteilung des der Gemeinde-Einkommensteuer unterliegenden Einkommens aus den oben bezeichneten Unternehmungen für das Jahr 1918 werden die beteiligten Unternehmer bzw. Gesellschaftsvorstände gemäß § 20 der hiesigen Gemeindeeinkommensteuer-Ordnung vom 4. März 1895 hierdurch aufgefordert, **spätestens bis zum 16. Februar 1918 einen** Verteilungsplan bei uns einzureichen.

Dieser Plan muß nach den Bestimmungen der §§ 47 und 48 bzw. 48a des Kommunal-Abgaben-Gesetzes enthalten **und zwar im 3jährigen Durchschnitt:**

a) bei Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäften die erzielten Bruttoeinnahmen,

b) in allen übrigen Fällen die erwachsenen Ausgaben an Gehältern nnd Löhnen (einschließlich Tantiemen des Verwaltungs- und Betriebspersonals).

Außerdem sind die Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse, sowie die entsprechenden Beschlüsse der Generalversammlungen für die in Betracht kommenden Wirtschaftsjahre beizufügen.

Halle, am 12. Januar 1918.

Der Magistrat.

Ich habe heute einen Nachtrag Nr. W. II. 2700/12. 17. K. R. A. zu der Bekanntmachung betr. Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot) Nr. W. II. 2700/2. 17. K. R. A. erlassen.

Der Nachtrag ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. Februar 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

Ich habe heute 2 Nachtragsbekanntmachungen und zwar:

1. Nr. Paga. 1500/11. 17. K. R. A. zu der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn und Papierbindfaden sowie Meldepflicht über Papiergarnerzeugung Nr. Paga. 1./10. 17. K. R. A.,
2. Nr. Paga. 1200/11. 17. K. R. A. zu der Bekanntmachung über Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarne und -bindfäden Nr. W. III. 705/5. 17. K. R. A.

erlassen.

Die Nachtragsbekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 1. Februar 1918.

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Sontag,
Generalleutnant.

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 2. Februar 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8 Uhr Nr.	101—150,	um 11 Uhr Nr.	301—400,
„ 9 „ „	151—200,	„ 12 „ „	401—500,
„ 10 „ „	201—300,	„ 1 „ „	501—600.

Halle, am 31. Januar 1918.

Der Magistrat.

Nur noch heute und morgen!

U.T

AltePromenade 11a
Fernruf 5738.

Henny Porten
in [518
Gräfin Küchenfee
Lustspiel in 3 Akten.
Waldemar Psilander
in:
Um das Bildnis des Königs
Künstlerdrama in 3 Akten.
Beginn täglich 3 Uhr.

Leipziger Straße 88
Fernruf 1224.

Stuart Webbs
20. Abenteuer
in: Ein rätselhafter Blick
— 4 Akte —
Das Paprika-Liebchen
Lustspiel in 2 Akten.
Die kleine Lotte und der ruppige Fritz
Lustspiel in 1 Akt
Beginn 4 Uhr.

Alt-Papier
sowie **Geschäftsbücher** zum Einstampfen kauft stets [519
A. Samuel,
Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592.

Stopfgarne
in mittel-, dunkelgrau, schwarz
Rolle 60 Pf. — 45 Pf.
Brummer & Benjamin
Gr. Ulrichstraße 22—23 [513

Dr. Ed. David MdR:
Wer trägt die Schuld am Kriege?
Diese Frage hat Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-skandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben in unserem Verlag im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungssyndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Einkreisung Deutschlands. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krisis usw.
Die Broschüre ist auch durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1.— Mk.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme, Gr Ulrichstr. 27

Arbeiter, abonniert auf die Volksstimme!

Möbel
Wohnungseinrichtungen
Teppiche in großer Auswahl
Eichmann & Co.
Gr. Ulrichstr. 51
Eingang Schulstraße
Auf Wunsch Teilzahlung

In Freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 15 Pf.
Buchhdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Gardinen
abgepaßt und vom Stück
483] **Teppiche**
— in allen Größen —
Tischdecken,
Plüsch-, Tuch- und Stoffdecken
in allen Preislagen bei
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Der
Wahre Jacob
Nr. 2
Preis 15 Pfennig
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
= Mundharmonikas =
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von ½12 bis ½2 Uhr.

● **Stadtbad** ●
Haut- u. Haarpflege-Räume
(Thorbogen rechts)
Gesichts-Kräuter-Dampfbäder
Fara-Massage
einz. bewährt. Auffrischung erschlaffter, welker, faltig., spröder u. großporig. Haut. Beseitigung von Mitessern, Grieß, Sommersprossen, Leberflecken, Warzen, Gesichts- u. Nasenröte (Frostschäden). **Damenbärte** schmerz- u. narbenlos. 6685

Gute Schlafstellen
für Fabrikarbeiterinnen sind zu melden an die Fürsorgevermittlungsstelle Halle der Kriegsamtstelle Magdeburg, Poststr. 16, Zimmer Nr. 14. Vermittlung kostenlos.

Stadt-Theater
Sonnabend, den 2. Februar nachmittags 3½ Uhr:
Aschenbrödel
Märchen von Görner.
Anfang 7,30 Uhr. Ende 10 Uhr
Doktor u. Apotheker
Oper von Dittersdorf.
Sonntag nachmitt.: Fledermaus, abends: Othello.

Echte Porzellan
Kaffeeservice
mit hübschen Malereien sehr billig
C. F. Ritter
Leipziger Straße 90.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 27. — **Halle, Freitag den 1. Februar 1918.** — **2. Jahrgang.**

Halle und Saalkreis.

Halle, 1. Februar 1918.

10 Milliarden Familienunterstützung.

Die Aufwendungen an Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer befinden sich in dauerndem Steigen. Das ist eine Folge des fortgesetzten Ausbaues der Fürsorge. Bei Kriegsausbruch wurden die Mindestsätze, die der Staat trägt, für eine Ehefrau von 6 auf 9 M. monatlich im Sommer und von 9 auf 12 M. im Winter und für jedes Kind von 4 auf 6 M. erhöht. Vom November 1915 an betrugen diese Sätze 15 M. für eine Ehefrau und 7.50 M. für eine sonstige anspruchsberechtigte Person. Im November 1916 wurden diese Beträge auf 20 und 10 M. erhöht. Die zuletzt ergangene Verordnung vom 2. November 1917 stellt den Gemeinden eine weitere Erhöhung anheim und sichert die Erstattung der neuen Zulagen bis zu monatlich 5 M. vom Reiche zu. Daneben ist auch fortgesetzt der Kreis der Unterstützungsberechtigten erweitert worden. So soll z. B. die Unterstützung noch drei Monate über den etwaigen Tod des Kriegsteilnehmers oder über seine Entlassung mit Rente hinaus, sonst bei seiner Rückkehr in die Heimat noch den folgenden halben Monat, bezahlt werden, ferner sollen die unehelichen Kinder, die Pflegekinder und noch verschiedene andere Angehörige des Einberufenen unterstützt werden.

Die zu Lasten des Reiches gezahlten Unterstützungen erhöhten sich von 26 Mill. Mark im August 1914 auf 93 Mill. Mark im August 1915, 128 Mill. Mark im August 1916 und 177 Mill. Mark im August 1917. Bis Ende des Jahres 1916 wurden 1614 Millionen Mark vom Januar bis September 1917, so daß bis zum 1. Oktober 1917 der Gesamtbetrag von 4579 Millionen Mark ausbezahlt wurde.

Die Zuschüsse der Gemeinden sind in ihrem Gesamtbetrag noch nicht festgestellt. Im einzelnen weichen sie ganz erheblich von einander ab. Während in den kleinen Orten die Zuschüsse ganz gering sind und sich häufig nur auf Mietsbeihilfen erstrecken, betragen sie in den Großstädten meist 100 bis 300 v. H. der staatlichen Mindestsätze. Das sind für die Gemeinden oft recht hohe Aufwendungen. So wendete z. B. bis Ende 1916 aus eigenen Mitteln auf Nürnberg rund 15 Mill. Mark, Düsseldorf rund 20 Mill. Mark, Stettin 11 Mill. Mark, Mannheim 10 Mill. Mark, Chemnitz 17 Mill. Mark, Elberfeld 16 Mill. Mark usw. Die Gemeinden haben diese erheblichen Summen durchweg im Wege des Kredits, meist durch Anleihen flüssig gemacht. Um den Gemeinden die Zuschußpflicht zu erleichtern, haben sowohl die einzelnen Bundesstaaten als auch das Reich Beihilfen vorgesehen. So hat die preußische Staatskasse bis Ende 1916 den Gemeinden 1 301 191 M. für ihre Zuschüsse zu den gesetzlichen Mindestsätzen erstattet. Das Reich gewährt Beihilfen zu der Fürsorge auf Rechnung der Gemeinden aus dem sogenannten Wohlfahrtsfonds, der im Laufe des Krieges von monatlich 10 auf 40 Mill. Mark erhöht wurde.

Die Verläge für das Reich (die Mindestsätze) sollen nach dem Familienunterstützungsgesetz erst nach Beendigung des Krieges erstattet werden. Seine lange Dauer führte jedoch dazu, den Gemeinden Abschlagszahlungen zuzubilligen. Bis jetzt haben sie in zwei Posten den Betrag von etwa einer Milliarde Mark erhalten. Da man den Betrag, den die Gemeinden aus eigenen Mitteln zuschießen, auf reichlich ebenso hoch wie die Staatsunterstützung schätzen kann, so ist die bis Ende September 1917 insgesamt gezahlte Familienunterstützung auf annähernd 10 Milliarden Mark zu beziffern. Jedenfalls eine gewaltige, bei Ausbruch des Krieges nicht geahnte Summe.

Handelskammer zu Halle.

Besprechung wichtiger Tagesfragen.

Wie bereits angekündigt, hat sich die Handelskammer am Mittwoch mit einer Anzahl sehr interessanter Fragen beschäftigt.

Davon ist zuerst zu nennen, daß der Direktor Reinicke über die geplante Vertretung von Industrie und Handel im Herrenhause sprach. Dieser gab zunächst einen kurzen Rückblick über die dem Abgeordnetenhause zur Beratung und Beschlußfassung vorliegende Vorlage, wie danach in Zukunft die einzelnen Wirtschaftsgruppen vertreten sein sollen, und in welcher Weise Handel und Industrie dabei berücksichtigt sind. Der Deutsche Handelstag hat nun zu dem Gesetzentwurf in einer am 29. November an beide Häuser des Landtages gerichteten Eingabe Stellung genommen. Die Neuordnung hat sein Einverständnis in verschiedener Hinsicht nicht gefunden, und er beantragt, daß 1. die Zahl der Vertreter von Handel und Industrie eine Erhöhung erfährt, 2. daß das Präsentationsrecht für die Vertreter von Handel und Industrie den Handelskammern direkt von sich aus zusteht. Für diese Eingabe haben sich zahlreiche Handelskammern in Preußen erklärt mit Ausnahme der Kammern in Köln und Osnabrück, die gemäßigtere Standpunkte einnehmen. Der Berichterstatter kam hierauf zu einem dreifachen Antrage, und zwar, der Eingabe des Deutschen Handelstages beizutreten, ferner dafür einzutreten, daß die großen Verbände der Privatangestellten, deren Angehörige den Kreisen der Handelskammer zum Teil nahestehen, im Herrenhause künftig durch einige führende Männer vertreten werden, und schließlich, sich für die Abänderung der Bezeichnung „Herrenhaus" in „Erste Kammer" zu erklären.

Nach längerer Auseinandersetzung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: 1. Die Handelskammer erklärt ihr Einverständnis mit der Eingabe des Deutschen Hindelstages durch eine Petition an das Abgeordnetenhaus des Inhalts, der Deutsche Handelstag soll in seiner Eigenschaft als Preußischer Handelstag gebeten werden, bei der Bildung von Präsentationskörpern für das Herrenhaus aus den Fachverbänden der Industrie und des Handels die Führung zu übernehmen. 2. Die Handelskammer tritt für Umänderung der Bezeichnung „Herrenhaus" in „Erste Kammer" und für die Berufung von Vertretern der großen Privatangestelltenverbände in das Herrenhaus ein.

Weiterhin sprach der Präsident, Geheimrat Steckner, über die Ordnung des Reichshaushaltes. Kein Thema beschäftige mehr Handel und Industrie, als die Lösung der Fragen, wie das Reich nach dem Kriege die Lasten decken würde, wie der Handel wieder aufgebaut, wie Handel und Industrie gestärkt werden und die Kriegsentschädigung getragen werden können. Es müßten also neue Steuerquellen geschaffen werden. Verderblich würde die Vermögenskonfiskation sein, ein in der Presse wiederholt aufgetauchter Plan. Handel und Industrie würden dadurch so schwer geschädigt, daß dann ihr Wiederaufblühen ausgeschlossen sei. Es würde eine Verschuldung, eine Verelendung von Handel und Gewerbe eintreten müssen, wenn, wie in Vorschlag gebracht, 30—40 Prozent des Vermögens konfisziert würden. Es müsse deshalb zu anderen Mitteln gegriffen werden. Ob wir von unseren Gegnern eine Kriegsentschädigung erlangen würden, könne jetzt nicht gesagt werden, diese Lösung müsse also ausgeschaltet werden. Aber selbst wenn eine Kriegsentschädigung erfolgen würde, so sei sie doch nicht so groß, um unsere durch den Krieg entstandene Schuldenlast von rund 120 Milliarden damit zu decken. Deshalb empfehle sich die Tilgung der Schulden durch Verbrauchsabgaben, wobei Lebensmittel möglichst geschont werden müßten: Der Konsument müsse geschont werden. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer sei ins Auge zu fassen und eine Ergänzungssteuer der fertigen Produkte. Verwerflich sei die Einführung eines Getreidemonopols. In diesem Sinne habe sich bereits der Deutsche Handelstag ausgesprochen. Die Kohlensteuer habe im Oktober v. J. schon eine Summe von 80 Mill. erbracht. Ein Zuckermonopol sei gleichfalls zu verwerfen, um so mehr, als auf anderem Wege, durch Erhöhung der Verbrauchsabgabe dasselbe erzielt würde. Eine Reichserbschaftssteuer dürfe auch ins Auge zu fassen sein. Wichtig sei, daß die Handelskammern dabei mitwirken, wie die Steuern aufzubringen sind.

Hierauf sprach der erste Stellvertreter des Präsidenten, Direktor Rödiger, über Fragen der Uebergangswirtschaft, ein Thema, zu dem die Kriegswirtschaftsstelle die Anregung gegeben hat. Es gilt Mittel und Wege zu finden, um, wenn der Krieg beendet ist, die Krieger heimkehren und die Kriegsindustrie aufhört, Nöte möglichst zu vermeiden, den Heimkehrenden Arbeit zu verschaffen, also Vorbeugungsmittel bereit zu halten. Das Kriegsministerium beschäftigt sich ernstlich mit dieser Frage und so war auch für den Bezirk des 4. Armeekorps am 4. Januar in Magdeburg eine Sitzung, an der Vertreter der Handelskammern, der Handwerkskammern und der Gewerkschaften teilgenommen haben und in der dieses Thema besprochen worden ist. Auch in Schriften ist diese Frage behandelt worden. In Magdeburg sei beschlossen, Fragebogen in dieser Angelegenheit zur Verteilung zu bringen. So habe die Kammer 6000 Fragebogen an Arbeitgeber zu verbreiten, deren sorgfältige Ausfüllung sich jeder angelegen sein lassen müsse. Dem Kriegsministerium sei dabei die Hauptsache, zu erfahren, ob Arbeitslosigkeit eintreten würde. Auch die Rohstoffrage spiele dabei eine große Rolle. Solange Rohstoffe fehlen, könne die Industrie die Arbeit nicht voll aufnehmen. Die Landwirtschaft habe dagegen erklärt, daß sie alle Kräfte wieder haben müsse, auch Ersatz für die in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen. Für 150 000 aus dem Felde heimkehrende Krieger müsse in der Provinz Sachsen Ersatz geschaffen werden. Um Arbeitslosigkeit möglichst zu verhüten, sei nach Vorschlägen bei der Demobilisation etwa in der Weise zu verfahren, daß zuerst diejenigen entlassen würden, die einen selbständigen Erwerb haben, dann diejenigen, die für Arbeit eingefordert würden, und zuletzt die übrigen.

Schließlich berichtete noch der Kaufmann Northe über die Beteiligung des Handels am Verkehr mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen im neuen Wirtschaftsjahr. Er wies zunächst darauf hin, wie der Hallesche Getreidehandel während des Krieges vollständig lahmgelegt und durch Regierungsmaßnahmen ausgeschaltet sei. Die landwirtschaftlichen Körperschaften — für Halle kommen Landwirtschaftskammer, Zentralgenossenschaft und Kornhaus in Frage — hätten den Handel vermittelt. Beschwerden darüber beim vorigen Oberpräsidenten hätten keinen Erfolg gehabt. Aus einem Artikel der Deutschen Tageszeitung vom 22. Januar gehe hervor, daß die landwirtschaftlichen Körperschaften auch nach dem Kriege den freien Getreidehandel vollständig ausschalten wollen und ihn durch zu gründende Genossenschaften ausgeführt wissen wollen. Dadurch komme der Getreidehandel in größte Sorge.

Es wurde beschlossen, gegen diesen Plan Eingaben an den Handelsminister, das Reichswirtschaftsamt und den Deutschen Handelstag zu richten.

* **Ein zweites Theater.** Der Direktor unseres Stadttheaters, Herr Leopold Sachse, bezeichnete es voriges Jahr in seinen von uns besprochenen beiden Vorträgen als idealen Zustand für Halle, ein weiteres, kleineres Theater zu besitzen, das nur für 300 bis 400 Personen berechnet sein und lediglich literarische Feinkost bringen dürfe. Die Art, wie Herr Sachse das sagte, ließ schon ahnen, daß dahinter mehr als ein Wunsch stecke, und als wir daher kürzlich hörten, daß tatsächlich noch der Bau eines zweiten Theaters vorbereitet würde, da bedeutete das für uns keine sonderlich große Ueberraschung. Indes glaubten wir doch, mit der öffentlichen Bekanntgabe dieses Planes noch warten zu müssen. Nun aber kommt die Saale-Zeitung damit heraus, und deshalb sei ebenfalls mitgeteilt, was darüber festzustehen scheint. Das neugeplante Intime Theater ist als ein Kunsttempel gedacht für etwa 300 bis 400 Personen, mit einem Parterre und vielleicht noch einem erhöhten Rang, einer mäßig großen Bühne und einfachen Bühneneinrichtungen. Der Betrieb soll in Verbindung mit dem Stadttheater stehen. Die Mittel dafür sollen einstweilen noch nicht verlangt werden, wohl aber will man beginnen, einen Fonds dafür anzulegen, und da bietet der Gewinnanteil der Stadt am Stadttheater aus der Winterspielzeit 1916/17 und aus der Sommerspielzeit 1917 einen recht ansehnlichen Anfang. In den Haushaltsplan des Stadttheaters waren nämlich nur 3500 Mark als Reingewinn eingestellt. Tatsächlich ergaben sich aber 47 215 Mark. Es stehen also rund 43 000 Mark zur Verfügung, die der Magistrat nicht dem Etat zuführen, sondern als Grundstock für den Bau eines zweiten Theaters verfügbar machen möchte. Die Vorlage wird schon in nächster Zeit unsere Stadtverordneten beschäftigen.

* **Von der örtlichen Kohlenversorgung.** In der Woche vom 4. bis 9. Februar darf auf die Kohlenmarken Nr. 39 und 40 der grünen Kohlenkarte zusammen 1 Zentner Briketts abgegeben werden. Bei geringem Kohlenvorrat ist die Abgabe von zunächst nur ½ Zentner auf eine der beiden Nummern zulässig. Die Nummern 37 und 38 verlieren mit dem 3. Februar ihre Gültigkeit. — In der Woche vom 4. bis 9. Februar werden an die Inhaber grüner Kohlenkarten neue Karten mit den Nummern 41 bis 60 in der Ortskohlenstelle ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt an denjenigen Tagen, an denen die betreffenden Haushalte ihr Brotmarken empfangen. Zur Vermeidung großen Andranges ist die vorgeschriebene Reihenfolge innezuhalten.

* **In der städtischen Verkaufsstelle Talamtschule wird** vormittags von 8½ bis 12 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr (Sonnabends nur von 8½ bis 1 Uhr) verkauft: Leberwurstartiger Brotaufstrich, die 1-Pfund-Dose zu 4.80 M., Robbenfleisch, die 1-Pfund-Dose zu 3.— M., Klippfisch, das Pfund zu 2.40 M., Cichorie, das Paket zu 1.40 M. Auch werden leere Kartons und Kisten in verschiedenen Größen abgegeben.

* **Ungültigkeit der roten Seifenkarten.** Die bisherigen roten Seifenkarten verlieren mit dem 1. Februar die Gültigkeit. Deshalb darf auf die Abschnitte für Februar und März dieser roten Karte Seife und Seifenpulver nicht mehr abgegeben werden. Zum Einkauf berechtigen von diesem Tage an nur noch die Abschnitte der neuen gelben Seifenkarten. Die auf Seifenpulver lautenden Abschnitte gelten dabei nur für die Hälfte der durch Aufdruck bezeichneten Menge. Zuwiderhandlungen werden bestraft und haben die Entziehung des Verkaufs von Waschmitteln zur Folge.

* **Bestrafte Höchstpreisüberschreitungen. Nach Mitteilung des Ersten Amtsanwalts sind gegen die Handelsfrau Marie Schulze geb. Schauer, Maurerstraße 13, und Ida Walther geb. Staude, Friedrichstraße 67,**

Lisette.

27]

Eine flämische Dorfgeschichte.

Von O. Bilsener.

Deutsche Uebertragung von Hermine Schmidt-Lahr.

Edgars Hochzeit vollzog sich ohne weiteren Klimbim.

Und vor den Augen der höhnischen Dorfbewohnerschaft spielte sich nun das seltsam unerwartete Schauspiel ab, daß der alte Roels die verführerische Brünette umwarb, die seinen Sohn schon begeistert hatte. Tatsächlich verließ ihr Bild seit dem Besuch auf dem Gutshof seine Gedanken nicht. Und trunken von neuen Begierden lebte er dem einen Wunsch, diesen jugendlichen, Wollust atmenden Körper, und sei es nur ein einzigesmal, an sich zu ziehen.

Und warum auch nicht? Er war für sie ja nicht der erste und was sie andern, sei es aus Neigung oder aus schmählich betrogener Berechnung gewährte, warum sollte es nicht für ihn zu haben sein. Er konnte es sich ja leisten, konnte sich die Karotte etwas kosten lassen. Sogar viel kosten lassen. Auf jeden Fall ging es den Teufel was an, ob er das Abenteuer wagte.

Er ließ durch Vanlier mit seinen Grüßen einen Topf Honig aus dem eigenen Bienenstand bringen und dazu sagen, daß er bald einmal vorbeikommen würde. Man konnte trotz alledem ja freundschaftlich stehen, nicht wahr? Dann ging er wiederholt hin. Vanlier hatte bald Wind davon, was sich hier wieder für ihn anzettelte. Er war wütend, einen dritten Nebenbuhler auf der Bildfläche auftauchen zu sehen, der, wenn er auch sonst nicht ernst zu nehmen war, ihn Zeit kostete. Und das gerade in dem Augenblick, wo er über ein feierliches und entscheidendes Vorgehen nachsann. Er richtete daher an Edgar einen anonymen Brief, worin sein ehrenwerter Vater als Satir bezeichnet war, der einer interessanten Schönen nachstellt.

Edgar eilte daraufhin herbei und alle machten sich ein Vergnügen daraus, ihm die Neuigkeit mitzuteilen, was für einem Lebenswandel sich sein Vater hingegeben habe und daß er an Lisette hinge.

Nun wiederholten sich auf dem Gutshofe die Szenen von früher. Nur waren jetzt die Rollen vertauscht und es war der Sohn, der dem Vater seine Ausschweifungen vorhielt. In Wahrheit war das aber seine geringste Sorge. Er fürchtete, daß der verliebte Alte sich von gierigen Händen ausräubern lasse. Denn, wenn er geliebt wurde, so war doch ganz klar, daß er es nicht um seiner selbst willen wurde.

Roels fand es haarsträubend, daß sein Schlingel von Sohn ihm Vorhaltungen machte, wo er selbst noch nicht daran dachte, sich in seine ehelichen Freuden zu mischen. Er fuhr ihn daher von oben herunter an und brach das Gespräch damit ab, zu erklären, daß das seine eigenen Angelegenheiten seien.

Rolfs dagegen betrachteten die verliebten Bemühungen des Graubarts als ein Geschenk der Vorsehung. Statt des Sohnes konnte man ja jetzt den Vater umgarnen und so konnte noch alles gerettet werden. Die Alten könnten noch zu ihrem Pferd für ihre Karre kommen und für Lisette bei der es — sie hatte ihnen alles gestanden — eilte, könnte noch gesorgt werden. Und an eine Heirat hatte sie ja ohnehin nicht gedacht. Lisette, gehetzt von der Verfemung der öffentlichen Meinung, würde sich ja auf alles einlassen.

Der geriebene Bert prüfte vorsichtig seine Geschütze. Diesmal wollte er keinen Fehlschuß tun. Der Sohn hatte sie hereingelegt. Nun wollte er den Vater hineinlegen. Und zwar gründlich. Auf Ruchlosigkeit sollte es ihm diesmal nicht ankommen.

Roels erschien täglich, die Taschen voller Geschenke. Er sprach mit dem armseligen Häusler, den er mit seinen täglichen Besuchen beehrte, über Landwirtschaft und fraß dabei die knusprige Brünette fast mit den Augen auf, während sie in weiter Faltenjacke und kurzem Rock ihren hauswirtschaftlichen Geschäften nachging. Wie brachte sie sein Blut in Wallung, die schmucke Dirne!

Eines Abends, als er besonders erregt war, nahm er Rolf beiseite und erklärte ihm mit soviel Umschreibungen und Umgehungen, daß kein Ende abzusehen war, seine ernsten Absichten. Er liebe Lisette, und er würde Opfer, große Opfer bringen, sie zu besitzen, ja er ginge selbst so weit, es ein viertesmal mit einer Heirat zu wagen. Aber zuerst....

Rolf verstand. Der Alte wollte zum voraus abgefunden werden. Dann würde er sich drücken wie der andere. Hast du nicht gesehen, wäre er davon.....

So dachte er, aber keineswegs antwortete er so. Im Gegenteil versprach er Roels strahlend, daß er zufrieden gestellt würde. Noch am heutigen Abend. Er solle nur ruhig um 8 Uhr wiederkommen. Er werde Lisette, die ihn wieder liebe, unterrichten, und alles werde sich finden, denn er kenne ja Rolf als einen Mann von Wort.

Roels rief Gott als Zeugen seiner reinen Absichten an. Dann ging er weg, nicht ohne die Einfältigkeit des guten Mannes zu belächeln.

Bald darauf verließ auch Rolf nach einem kurzen Gespräch mit Frau und Tochter das Haus und kam nach einer halben Stunde zurück. Alles ging nach Wunsch. Um 8 Uhr erschien strahlend, frisch rasiert, mit einem blühend weißen Vorhemd hochzeitlich angetan, der alte Roels auf der Bildfläche.

Man empfing ihn mit liebenswürdigem Lächeln und ohne sich mit weiteren Eintrittsförmlichkeiten aufzuhalten, führte ihn Rolf in eine neu hergerichtete Kammer. Im Scheine einer schwelenden Kerze sah er ein großes Bauernbett an der Wand.

„Recht gute Nacht," wünschte Rolf und schloß hinter dem bebenden Roels die Tür.

Aber plötzlich sah er ein grinsendes Bauerngesicht auftauchen, das sich gegen die Scheiben drückte. Dann erschien ein anderes, den breiten Mund bis an die Ohren gezogen, dann ein lachendes Vollmondgesicht, dann noch eins und wieder eins.....

Un mit einem fürchterlichen Fluch warf er die Kerze um.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0005

durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Uebertretung des Höchstpreises für Mohrrüben und Nichtausfüllen des Schlußscheins Geldstrafen von 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis und 15 Mark oder 3 Tage Gefängnis festgesetzt worden. — Die Handelsfrau Marie Schlesier geb. Schreiber, Unterplan 8, hat durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Uebertretung des Höchstpreises für Gurken eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis erhalten. — Die Ehefrau Minna Kuhn, Geißstraße 26, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Uebertretung des Höchstpreises von Kochfleisch zu einer Geldstrafe von 50 Mark oder 10 Tage Gefängnis bestraft worden. — Der Handelsmann Karl Pötzsch, Schweizerstraße 9, erhielt durch rechtskräftigen Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Uebertretung des Höchstpreises für Pflaumen eine Geldstrafe von 50 Mark oder 10 Tage Gefängnis.

* **Zur Bekämpfung der Wohnungsnot.** In einer vom Reichswirtschaftsamt einberufenen Sitzung, zu der auch die Vertreter der Interessenten geladen waren, wurde die Frage der Beschaffung von Baustoffen behandelt, um den für die Uebergangszeit nötigen Wohnungsbau sicherzustellen. Besonders wurde die Möglichkeit der Verwertung der von der Militärverwaltung freigegebenen Mengen und der Steigerung der Erzeugung von Ziegeln, Holz, Baueisen und Zement besprochen. Es wurde festgestellt, daß wenn auch einer straffen Bewirtschaftung der nötigen Stoffe nicht das Wort geredet werden solle, doch die Schaffung dezentralisierter Organisationen mit einheitlicher Spitze zur Regelung des Absatzes voraussichtlich wünschenswert sei. Die Frage soll durch das Reichswirtschaftsamt weiter geprüft werden. — Der Verwaltungsrat der Angestelltenversicherung hat in seiner letzten Sitzung mit allen gegen eine Stimme eine Entschließung angenommen, worin er die Absicht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt begrüßt, durch Hingabe bedeutender Mittel unter dem landesüblichen Zinsfuß die zu erwartende Wohnungsnot zu bekämpfen; er billigt es durchaus, daß eine Ermäßigung des Zinsfußes auch dann eintreten kann, wenn durch Herstellung von neuen Wohnungen die Wohnungsverhältnisse der versicherten Angestellten nur unmittelbar beeinflußt werden. Der Verwaltungsrat sprach die Erwartung aus, daß die Reichsversicherungsanstalt nichts unterlassen werde, was der drohenden Wohnungsnot, die zu einer Schädigung der Volksgesundheit und der Volksentwicklung führen muß, entgegenwirken kann. In erster Reihe soll jedoch nach wie vor der Kleinwohnungsbau, soweit er den Versicherten der Anstalt unmittelbar zugute kommt, gefördert werden.

* **Die Abrißbefte der Straßenbahn.** Auf vielfachen Wunsch dürfen die infolge der Einführung neuer einheitlicher Gutscheinhefte nur bis zum 31. Januar gültigen gelben Abrißhefte der Städtischen Straßenbahn (mit 24 Abrissen zu 2,06 M.) ausnahmsweise noch bis 15. Februar zur Lösung von Zehnpfennig-Fahrscheinen — jedoch nur auf der roten Straßenbahn — verwendet werden. Nach dem 15. Februar sind die gelben Abrißhefte ungültig. Die bis zu diesem Zeitpunkte nicht abgefahrenen Hefte oder Teilhefte werden nicht zurückgenommen oder umgetauscht.

* **Hallescher Hausfrauenbund.** Petroleumsparlämpchen, das Stück zu 16 Pf. sind beim Halleschen Hausfrauenbund, Rathausstraße 17, wieder eingetroffen und dort jeden Vormittag von 10 bis 12 Uhr zu erhalten. Für berufstätige Frauen wird die Kochstelle zweimal wöchentlich am Abend, Montags und Freitags, von 8 bis 9½ Uhr, außerdem täglich von 10 bis 12 Uhr vormittags vorgeführt. Wegen der Ersparnis an Feuerung und Zeit, sowie besserer Ausnutzung der Speisen machen sich die Kochkisten in jedem Haushalt unentbehrlich.

* **Die Schulsugend in der Kriegszeit.** Man hat viel von einem günstigen Einfluß des Krieges auf die Schulsugend geredet. Das war damals, als die Stimmung der ersten Kriegsmonate auch die Kinder mit fortriß. Die Frage, ob und wie sich das inzwischen geändert hat, wurde im Berliner Verein für Schulgesundheitspflege erörtert. Professor Hildebrandt, der das einleitende Referat übernommen hatte, äußerte sich über das Gesamtergebnis der Einflüsse des Krieges auf das Seelenleben der Kinder sehr wenig günstig. Von den Wirkungen, die nach Kriegsausbruch beobachtet wurden, sei heute nicht mehr viel zu merken. Immer deutlicher werde die durch den Kriegszustand verursachte Störung des Unterrichtsbetriebes und der Erziehungsarbeit. Ein Erfolg solge dem andern, und das Interesse der Kinder werde auf Dinge hingelenkt, für die früher in der Schule kein Platz war. In den höheren Schulen — dort hat der Vortragende seine Beobachtungen gemacht — habe man die Anforderungen an die Schüler immer mehr zurückschrauben müssen. Dasselbe gilt aber von den Volksschulen. Hier wie dort kommt dazu der Mangel an Lehrkräften, den die Vertretungen nur notdürftig ausgleichen. Für höchst bedenklich würde Hildebrandt eine Wiederholung der Verschickung aufs Land halten, weil von ihr eine erneute schwere Schädigung des Schulbetriebes zu befürchten sei. Störend haben auch die Beteiligungen an den militärischen Jugendübungen gewirkt, denen anfangs nicht gern ein Schüler fernbleiben wollte. Inzwischen habe freilich auch hier die Begeisterung sehr nachgelassen, weil der Reiz der Neuheit verflogen sei. Hildebrandt berührte die Frage, wie die Ernährungsschwierigkeiten auf den Körperzustand unserer Schuljugend gewirkt haben. Er meint, daß im allgemeinen die Volksschulkinder weniger als die Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten gelitten hätten. Mit Sorge erfüllt ihn die Lockerung der Zucht und die zunehmende Verwahrlosung, die er aus der Zunahme der Straffälligkeit Jugendlicher folgern zu müssen glaubt. In der Diskussion wurde versucht, das dunkle Bild durch Beigaben von Licht zu mildern. Es wurde bestritten, daß die durch den Krieg verursachten Erziehungsschäden so sehr groß seien. Zu den Wirkungen der Ernährungsschwierigkeiten sagte der Berliner Schularzt Dr. Bernhard, die Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten seien übernährt und zum Teil „geradezu gemästet" gewesen, so daß jetzt der Verlust bei ihnen am meisten auffallen müsse. Der Charlottenburger Schularzt Dr. Strelitz hatte den Mut, zu behaupten, die Volksschulkinder würden jetzt „viel besser ernährt wie früher" und ihr Gesundheitszustand sei „ganz ausgezeichnet". Das werden ihm nicht viele glauben.

* **Paketaufschriften gut befestigen.** Die Postverwaltung klagt darüber, daß die Zahl der Pakete, die infolge Abfallens oder Abreißens der Aufschrift während der Beförderung unanbringlich werden, von Monat zu Monat in auffälliger Weise steigt. Es wird daher dringend empfohlen, die Aufschrift halbbar zu befestigen, am besten unmittelbar auf die Umhüllung usw. zu schreiben, und ferner in jedes Paket ein Doppel der Aufschrift obenauf zu legen, damit die Sendung auch beim Ablösen der Aufschrift dem Empfänger zugestellt werden kann. Auch ist es zweckmäßig, auf den Paketen selbst den Absender anzugeben für den Fall, daß die begleitende Paketkarte verloren geht und das Paket aus irgend einem Grunde unbestellbar bleibt.

* **Auch „Kunstgewerbe".** Von der städtischen Rechtsauskunftsstelle wird uns geschrieben: Frau Klara Wolffson in Berlin hört nicht auf, die Zeitungen auf Familienanzeigen hin zu durchblättern, diese Anzeigen auszuschneiden, unter Glasteller zu kleben und dann das geschmacklose Ding unaufgefordert an die, die ein Interesse an der Familienanzeige etwa haben könnten, zu versenden. Für das Machwerk fordert sie 1.50 M., während der wahre Wert höchstens 20 Pf. beträgt. Die Zusendungen der Wolffson sind keiner Beachtung wert. Aufforderungen zur Zahlung lasse man unbeachtet oder überlende sie der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck oder der städtischen Rechtsauskunftsstelle in Halle, Schmeerstr. 1.

* **Entfernt die Raupennester von den Bäumen.** Wer gegenwärtig mit wachsamem Auge durch die Fluren geht, der sieht, daß auf zahlreichen Bäumen einzelne oder auch mehrere, oft sogar viele kleine Büschel vertrockneter, zusammengesponnener Blätter hängen. Das sind Raupennester, in deren Innern eine große Anzahl erst wenige Millimeter langer Räupchen überwintert, um im Frühjahr über das Laubwerk unserer Obstbäume vernichtend herzufallen. Diese Raupennester stellen die Winterquartiere der gefräßigen Raupen des Goldafters (Euproctis chrysorrhoea) dar, eines unserer gefährlichsten Obstbaumschädlinge. Wenn wir uns darüber klar sind, daß in den wenigen Bündelchen vertrockneter, zusammengesponnener Blätter in der Krone unserer Obstbäume die Verursacher einer Obstmißernte schlummern, und daß wir durch eine geringe Arbeit uns eine reiche Obsternte retten können, so wird gewiß kein verständiger Mensch es versäumen, diese Raupennester jetzt sofort mit einer Raupenschere von den Bäumen zu holen und zu verbrennen oder tief zu vergraben.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Iphigenie auf Tauris. Oper von Christoph v. Gluck. Es ist merkwürdig, ist es aber auch wieder nicht — je nachdem, von welcher Seite man die Sache betrachtet —, daß die Gluckische Musik eigentlich erst seit kürzerer Zeit wieder eine größere Beachtung gefunden hat. Merkwürdig deshalb, weil eigentlich so gar nicht begriffen werden kann, daß derartig schöne Melodien beispielsweise gedrängt zu werden vermochten; begreiflich aber wiederum deshalb, weil die musikliebende Welt tatsächlich eine ganz lange Zeit auf diese Art musikalische Linienführung mit Lächeln herabsah und nur in dem Wagnerschen Musikdrama sowie in den ihm folgenden Werken das Heil unserer ganzen musikalischen Entwicklung gefunden zu haben wähnte, — woraus sich auch zugleich ergibt, daß mit der Einkehr zu Gluck eine Wohlt zwar weniger von Wagner selbst, aber doch von dessen Nacheiferern verbunden ist. Dabei scheint uns die Gluckische Musik am konformsten mit dem Inhalt der von ihr ausschließlich behandelten, griechischen Sagenwelt zu gehen, ganz im Gegensatz etwa zu Strauß. Denn Gluck arbeitet allein mit der großen Linie, mit der ruhigen, abgeklärten, ganz in sich selbst versunkenen klassischen Form, mit dem hohen Karbos und der heroischen Geste. Genau so steht uns aber auch die griechische Sagenwelt im Sinn, genau so nur auf die innere und äußere Schönheit bedacht und genau so nur mit großen Zügen wirkend. Strauß dagegen — um nur einen der „Neuromantiker" in der Musik zu nennen — gibt buntestes Mosaik, das in wirren Linien nervös durcheinanderläuft und lediglich den beiden Zwecken dient, sich sowohl dramatisch zu entladen als auch feinste Seelengegliederung zu bieten. Und dem widerspricht der ruhige Gehalt des griechischen Klassizismus durchaus, ja, sie tut diesem sogar offenbare Gewalt an, gießt ihn vollständig um. Deshalb wird man auch immer nur in den Gluckschen Ausmalungen des Hellenismus die reinste Freude finden, die reinste und die erhabenste zugleich. Sie heben empor und führen hinweg aus dieser Welt, um die ihnen willig Folgenden auf hehren, beinahe sphärenhaften Klängen in der Welt des ungetrübtesten Genusses wiederfinden zu lassen. Und bringt Gluck infolge bestimmter Bühnenvorgänge doch einmal fremde Elemente hinein — in seiner Iphigenie beispielsweise ist es der wilde Schlachtgesang des barbarischen Skythenvolkes —, so gibt er selbst das wieder mit edelstem Wohlklang und kritt infolgedessen auch nicht einen Augenblick die glückselig umfangende traumhafte Stimmung seiner musikalischen Werke. Am besten zeigt alles das sich wohl in Iphigenie, in diesem glücklichen Ausgang der Tragödie von Tantalus Geschlecht, die hier ganz anders als bei Goethe gestaltet ist, vor allem sich viel enger lediglich an die Sage lehnt und höchstens noch zu einem Hohenlied der Freundes- und Geschwisterliebe wird. Schon mit den ersten Bogenstrichen der Geiger setzt das echte Gluckische Temperament, das nur nach Schönheit suchende Element in ihm ein, und dann führt eine glückhafte, dem Thema immer wieder neue Seiten abgewinnende Instrumentierung, die teilweise direkt oratorienhaft wird, jene weihevolle Stimmung herbei, die nur durch Werke von dieser klassischen Schönheit entstehen kann. An dieser erhebenden Wirkung trug freilich diesmal in besonderem Maße eine bedeutungsvolle Aufführung viel bei. Das Hauptverdienst daran gebührt unzweifelhaft Richard Strauß, der als Gastdirigent das Orchester führte und diesem sowohl in bezug auf den Geist, der aus den Gluckschen Werken spricht, wie in bezug auf die Ausführung seinen überragenden Geist aufzwang. Aber auch unser Gesangspersonal hat sich darum ein hohes Verdienst erworben, das hauptsächlich mit Dina Mahlendorff (Iphigenie), Georg Westernhagen (Orest) und Adolf Harlacher (Pylades) diesen Abend mit seinen bedeutend erhöhten Anforderungen glänzend bestand. Nicht weniger gilt das vom Chor, der durch die Robert-Franz-Singakademie bedeutend verstärkt worden war und in der Reinheit und Schmiegsamkeit des Gesanges bedeutendes leistete. Jedenfalls steht hiernach zweifellos fest, daß unser Stadttheater mit dieser Aufführung wieder eine große künstlerische Tat vollbracht hat. cw.

Stadttheater. Heute, Freitag, geht Mozarts „Don Juan" in Szene, Sonnabend abend „Doktor und Apotheker, Sonntag nachmittag 3½ Uhr gelangt als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Die Fledermaus" zur Aufführung, abends 7½ Uhr die Oper „Othello" von Verdi. Sonnabend nachmittag 3½ Uhr wird das Weihnachtsmärchen „Aschenbrödel" zum letztenmal gegeben.

Thalia-Theater. Als nächste Gastvorstellung des Stadttheaterpersonals gelangt am Sonntag, abends 7½ Uhr, der dionysische Schwank „Jahrmarkt in Pulsnitz" von Walter Harlan zur Aufführung.

Im **U.-T.-Lichtspielhaus**, Alte Promenade, kommen zwei Films unserer besten und bekanntesten Film-Darsteller zur Vorführung, nämlich Henny Porten in „Gräfin Küchenfee" und Waldemar Psylander in „Um das Bildnis des Königs". Im Hause Leipziger Straße kommt Stuart Webbs 20. Abenteuer „Ein rätselhafter Blick" und zwei Lustspiele zur Vorführung. Näh. s. Anzeige.

Aus der Provinz.

Verbraucher als Ueberwacher.

Wie wir hören, hat in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes diese ersucht, zur Teilnahme an den Arbeiten der Feststellungsausschüsse, die nach Ablauf der Druckfrist die bei den landwirtschaftlichen Betrieben noch vorhandenen Getreidevorräte feststellen sollen, auch Vertreter der Verbraucherkreise herauszuziehen. Bei der Auswahl dieser Vertreter sind tunlichst alle Kreise der Verbraucher zu berücksichtigen, also Industriearbeiter, Handwerker, Angehörige der freien Berufe usw. Erforderlich ist insbesondere, den Verbraucherkreisen in den Industriezentren hinreichend Gelegenheit zu geben, sich von der ordnungsmäßigen Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überzeugen. In der Mitwirkung von Vertretern der Verbraucherkreise bei der Tätigkeit der Feststellungsausschüsse sieht der Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes ein geeignetes Mittel, um das Verständnis zwischen Stadt und Land für die Schwierigkeit der Lage zu fördern und zugleich die Tätigkeit der Feststellungsausschüsse wesentlich zu unterstützen.

In dem gleichen Rundschreiben werden die Bundesregierungen ersucht, auf Verlangen der stellvertretenden Generalkommandos den Feststellungsausschüssen in geeigneten Fällen Proviantamts- oder Intendanturbeamte als Mitglieder zuzuteilen.

*

Munitionsarbeiterinnen.

Ueber die Erfahrungen, die mit der Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Munitionsherstellung bisher gemacht worden sind, berichtet der Besitzer einer Leipziger Munitionsfabrik Maßmann in der Leips. Mustr. Ztg. wie folgt:

Schon zu Anfang des Jahres 1915 entschlossen wir uns zur versuchsweisen Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte in der Munitionsherstellung, denn ein großer Teil unserer eingerichteten Dreher und Werkzeugschlosser war zum Militär eingezogen worden, und der uns zur Verfügung stehende Ersatz an männlichen Arbeitskräften mußte seiner Einberufung zu den Fahnen gewärtig sein. Die Betriebsleitung übertrug den Frauen und Mädchen zunächst nur solche Arbeiten, die nicht ein Hantieren an Maschinen erforderten. Die guten Erfahrungen ermunterten uns, die weiblichen Arbeitskräfte — gleichviele in anderen größeren Betrieben — versuchsweise auch an Fräsmaschinen, Bohrmaschinen, Geschoßdrehbänken und den verschiedensten Werkzeugmaschinen zu verwenden. In diesen schwierigeren Fabrikationsverhältnissen konnte sich nun freilich eine große Zahl der Neulinge nicht zurechtfinden; die Anpassungsfähigkeit der weiblichen Arbeitskräfte an Verhältnisse, die dem natürlichen Betätigungskreise der Frau fernliegen, wurde auf eine allzu harte Probe gestellt. Es trat ein immerwährender Wechsel ein, der der Geschäftsleitung viel Mühe und Opfer verursachte. Aber ein Stamm weiblicher Arbeitskräfte blieb uns von Anfang an treu, und mit ihnen haben wir die besten Erfahrungen gemacht! Dieses Lob müssen wir einschränken, wenn wir das Betätigungsgebiet der Arbeiterin auf seinen Umfang betrachten. Wir können den Frauen und Mädchen nur dort erfolgreiches Wirken nachrühmen, wo es sich um mechanische Arbeiten handelt. Störungen in der Maschine aufzuspüren und zu beheben, ist der Frauen Sache nicht. Selbst die Beschäftigten unter ihnen sind dazu nicht imstande, und eine ständige Ueberwachung der Frauenarbeit ist unerläßlich. In der Abteilung, die sich mit der Herstellung von Spezial-Munitionswerkzeugen befaßt, haben wir seit langem eine stattliche Zahl weiblicher Arbeitskräfte eingestellt, aber auch hier haben wir dieselben Erfahrungen gemacht; betriebssicher konnten diese Kräfte nur für rein mechanische Bedienung von Werkzeugmaschinen verwendet werden. Aber Eifer und Verantwortlichkeitsgefühl der Frauen und Mädchen sind über jedes Lob erhaben. Und wenn ihnen der freie Organismus der Maschinen etwas Fremdes bleibt, so liegt das in der psychologischen Veranlagung der Frauen begründet, deren unregelmäßige Betätigungsfeld von ganz anderer Art ist, und die nur der Not gehorchend ins Reich der schweren Maschinen gekommen sind. Die großen Schwierigkeiten, die der Betriebsleitung durch das Einstellen weiblicher Kräfte ursprünglich erwuchsen, wurden wesentlich dadurch erleichtert, daß die Mehrzahl der Frauen und Mädchen Geduld und guten Willen zeigten und in Treue ihres Amtes walteten.

Merseburg. Agrarier-Wünsche. In einer Versammlung des Bauernvereins für Merseburg und Umgegend, die dieser Tage stattfand, sprach Freiherr von Stockhausen von der Landwirtschaftskammer Halle über die wirtschaftlichen Maßnahmen im vierten Kriegsjahre. Einleitend vertrat er in der Friedensfrage den Standpunkt, daß es uns nicht auf einen schnellen Frieden ankommen darf, sondern auf einen solchen, wie ihn Deutschland braucht. Er behandelt dann die zur Sicherstellung der Volksernährung erlassenen wirtschaftlichen Maßnahmen, die bis zur neuen Ernte bestehen bleiben, und lehnte den Landwirten dringend ans Herz, ja alle vorhandenen Bestände anzugeben. Anderseits müsse aber auch gefordert werden, daß Aufkäufer und Reichsbehörden die beschlagnahmten Mengen bald abnehmen oder mit Zinsvergütung bezahlen, damit der Landwirt seinen Betrieb rationell aufrechterhalten könne. Hier sei sehr viel gesündigt worden. Vorstellungen bei der Landwirtschaftskammer würden sofortige Abstellung der Mißstände zur Folge haben. Von wesentlichem Einfluß für die Sicherstellung der Volksernährung sei die Preisgestaltung durch die Behörden. Zugunsten des Kleinhandels seien bisher die landwirtschaftlichen Erzeuger zu schlecht weggekommen. Für die nächste Ernte sei eine Preiserhöhung für Roggen und Weizen gedoten. Der niedrige Ferkelpreis von 1.10 M. wirke geradezu ruinös für die Schweinezucht. Wenn man nicht deren gänzliche Aufgabe herbeiführen wolle, müßten den Landwirten auch mindestens sieben Schweine zur Hausschlachtung sowie ein Stamm guter Zuchttiere verbleiben. Bezüglich der Anbauverhältnisse empfehle sich für Mittel-Deutschland Zuckerrübe.

Weißenfels. Im Dienst gestorben. Ein Postunterbeamter der auf dem Hauptbahnhofe Bahndienst zu versehen hatte, wurde bei seiner Arbeit von einem plötzlichen Unwohlsein befallen. Noch ehe ihm von seinen Kameraden beigestanden werden konnte, war er schon eine Leiche. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein plötzliches Ziel gesetzt.

Naumburg. Städtisches Gartenland. Wie vor Jahren schon ein großer städtischer Feldplan an der Lepsiusstraße in viele „Kraut-Länder" aufgeteilt wurde, die schnelle Abnehmer fanden, so ist kürzlich wieder ein größerer Plan unterm Birkenwäldchen in 26 Kraut-Länder eingeteilt worden. Die Länder sind am Flemminger Wege gelegen und leicht zugänglich. Durch diese Aufteilung wird es manchem möglich, sich hier ein Gärtchen anzulegen, das durch freie Lage und hübschen Rundblick viele Reize hat. Der Gedanke, späterhin den Flemminger Weg zu einer Prachtstraße auszubauen, wenn er die Bauläßlichkeit dort einsetzt, dürfte wohl fallen gelassen sein, da hierdurch Gelände unnötig brach liegen würde.

Zeitz. Verkauf von Kunsthonig. Am Sonnabend gelangen in allen Geschäften zum Verkauf: auf Lebensmittelkarte 98 je 250 Gramm Kunsthonig, der Preis beträgt bei Paketware 88 Pf., bei Ausstichware 87 Pf.

— Konfirmandenkleider für Minderbemittelte. In diesem Jahre ist die Beschaffung von Konfirmandenkleidung mit außerordentlichen Schwierigkeiten verknüpft. Der Magistrat richtet deshalb an die Einwohner die dringende Bitte, Anschaffungen auf das Allernotwendigste zu beschränken. Ihm ist zwar von der Reichsbekleidungsstelle für Minderbemittelte ein Posten Kleidungsstücke in Aussicht gestellt worden, doch kann er das rechtzeitige Eintreffen nicht zusichern. Minderbemittelte, die nicht in der Lage sind, das Allernotwendigste selbst zu beschaffen, können in der Zeit vom 2. bis 8. Februar dahingehende Anträge bei den zuständigen Armenpflegern anbringen, wobei die Zahlkarte mitzubringen ist. Die Zuteilung auf die einzelnen Kinder erfolgt erst nach Eintreffen der zu überweisenden Sachen. Jedoch sei schon jetzt bemerkt, daß eine Berücksichtigung im Umfange der früheren Jahre diesmal unmöglich ist.

Zeitz. Von den städtischen Werken. Der Reingewinn des Elektrizitätswerkes beträgt für das Jahr 1916/17 nur 9800 M. Der Reingewinn der Gasanstaltskasse ging in den Kriegsjahren auch erheblich zurück; er betrug 1914/15 102 000 M., 1915/16 68 000 M. und 1916/17 nur 45 000 M. Die Wasserwerkskasse konnte das Jahr 1916/17 mit einem Reingewinn von 22 906 M. abschließen.

Teuchern. Neuer Bürgermeister. Mit 10 von 13 Stimmen wählten die Stadtverordneten den Kreisausschußsekretär Zimmermann aus Weißenfels zum Bürgermeister unserer Stadt.

Wittenberg. Eisenbahnunfälle. Infolge des überaus starken Nebels fuhr der des Morgens zuerst nach Reinsdorf kommende Personenzug gegen den Prellbock. Ein Glück war es, daß der Zug schon in langsamem Tempo fuhr, so daß die Insassen der Wagen mit den Schrecken davon kamen, während die Lokomotive stark beschädigt wurde. — Der vom Elbtor abfahrende Zug überfuhr eine aus dem Vogtlande gebürtige Arbeiterin, die während der Fahrt noch einsteigen wollte. Ihr wurde der Unterschenkel zermalmt.

— Ermittelter Treibriemendieb. Bei den Nachforschungen nach den Dieben, die in den Reichswerken Treibriemen gestohlen hatten, fand die Gendarmerie in Piesteritz eine Spur, die nach hier führt. Daraufhin wurde bei dem früher in den Werken beschäftigt gewesenen, hier Mittelstraße 51 wohnenden Arbeiter Schollbach eine Durchsuchung vorgenommen und auch Riemen vorgefunden. Schollbach wurde daraufhin dem Gerichtsgefängnis zugeführt.

Eisleben. Für die ausgeschiedenen Beisitzer des Gewerbegerichts aus dem Kreise der Arbeitgeber der Zigarrenfabrikant Friedrich Günther, aus dem Kreise der Arbeiter der Sattlergehilfe Gottfried Diedrich und der Schneider Franz Heinrich hat der Regierungspräsident durch Verfügung vom 21. Januar die Ersatzwahl angeordnet. Die Wahl ist durch den Magistrat vorzunehmen. Dieser richtet daher an die beteiligten wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Aufforderung, ihm innerhalb zweier Wochen jeweil Vorschläge einzureichen, wie Stellen zu besetzen sind.

Sangerhausen. Ueber die letzte Zuckerausgabe läßt sich ein „Eingesandt" der Sangerhäuser Zeitung folgendermaßen aus: Die gestrige Zuckerausgabe war unerhört. In dichten Mengen standen die Leute und wenn sie halbe Stunden und noch länger gewartet hatten, hieß es: der Zucker ist alle. Kinder, die sich in der Menge befanden, wurden so gequetscht, daß sie Schmerzen hatten und weinten. Und wenn man an einer Stelle abgewiesen war, ging es an einer anderen Stelle nicht besser. Warum wird denn der Zucker nicht wie die Butter, Käse, Quark usw. nach Nummern bei dem Kaufmann ausgegeben, bei dem man infolge der Einteilung verpflichtet ist, die Waren auf Grund seiner Nummer zu holen? Und wenn die Kaufleute genügend Zucker erhalten haben — wie kommt es, daß er so schnell vergriffen war? Dann gibt es böse Worte und unnötigen Aerger, der der Bevölkerung wirklich erspart werden könnte. Nicht unterschieben will ich dabei, wo und wieviel Zucker wieder längst vor der festgesetzten Zeit verkauft worden ist. Bei den jetzigen Ernährungsverhältnissen noch stundenlang stehen und laufen und ohne Ergebnis nach Hause zu kommen, sollte man der Einwohnerschaft nicht zumuten. Es herrscht so schon Groll und Erregung genug über die mangelhafte Verteilung von Nahrungsmitteln im Vergleich zu anderen Städten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180201-18/fragment/page=0006